

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 48

Ersteinst. Sonntag. D. 2. Preis 10 Pfennig. Vierteljährlich 1.50 Mk. ohne Porto. Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile für 60 Pfennig; für 2. Spaltenmitglieder 60 Pfennig; Gesellungsbeilage 60 Pfennig; Verammlungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu ermitteln.

Berlin, den 21. November 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile für 60 Pfennig; für 2. Spaltenmitglieder 60 Pfennig; Gesellungsbeilage 60 Pfennig; Verammlungsanzeigen usw. 60 Pfennig. Der Anzeigenpreis ist vorher zu ermitteln.

36. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Urabstimmung

zur Regelung der Beitrags- und Unterstützungsfrage.

1. Einem Beschlusse des Verbandstages entsprechend haben Verbandsvorstand und Ausschuss am 11. bis 13. November in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Beirat des Verbandes eine Vorlage über die Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungsverfahrens beantragt, die den Mitgliedern nun zur Urabstimmung unterbreitet werden soll. Da es im Interesse aller Mitglieder gelegen ist, eine Verbesserung der Unterstützungsverhältnisse — insbesondere für die Arbeitslosen — so schnell wie irgend möglich herbeizuführen, soll die Abstimmung so beschleunigt werden, daß die Einführung der neuen Bestimmungen schon zum 1. Januar erfolgen kann.

Auf Grund des § 62 des Verbandsstatuts ordnen wir hiermit eine Urabstimmung zur Entscheidung dieser Frage an.

Den Endtermin für die Abstimmung setzen wir an auf

Sonntag, den 19. Dezember d. J.

Die Abstimmung soll von allen Mitgliedern entweder am 17., 18. oder 19. Dezember d. J. vorgenommen werden.

Weitere Anträge können zu dieser Abstimmung nicht zugelassen werden, sondern es soll nur eine vom Beirat des Verbandes in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand und Ausschuss aufgestellte Vorlage zur Entscheidung kommen, die wir unten den Mitgliedern zur Kenntnis bringen.

Auf dem Abstimmungszettel wird diese ganze Vorlage in einer Frage zusammengefaßt werden, die nur mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Jeder weitere Vorbehalt auf dem Abstimmungszettel macht diesen ungültig.

An der Abstimmung können alle Verbandsmitglieder teilnehmen, die mit ihren Beiträgen nicht mehr als vier Wochen im Rückstand sind und deren Mitgliedschaft nicht infolge Abmeldung nach § 7 oder aus sonstigem Anlaß ruht. Die Gau- und Ortsverwaltungen ersuchen wir, für möglichst ausgiebige Besprechung der zur Abstimmung stehenden Angelegenheit Sorge zu tragen und ihre Vorkehrungen für die Abstimmung so zu treffen, daß die obengenannten Termine streng eingehalten werden können.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist unmittelbar nach Schluß der Abstimmung, spätestens aber am Sonntag, den 19. Dezember, festzustellen und dann sofort an uns abzusenden.

Spätestens am Mittwoch, den 22. Dezember, frühmorgens, müssen alle Abstimmungsergebnisse in unseren Händen sein, damit das Gesamtergebnis noch in Nummer 53 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden kann.

Vorlage des Verbandsbeirats zur Urabstimmung über die Neuerung des Eintrittsgeldes, der Beiträge und der Unterstützungen.

1. § 3 Absatz 2:

Das Eintrittsgeld richtet sich nach der Beitragsklasse und ist in der Höhe eines Wochenbeitrages derjenigen Beitragsklasse zu entrichten, in die der Beitritt erfolgt. Wiederholt Eintretende zahlen doppeltes Eintrittsgeld.

2. § 5 Absatz 2:

Erfahrungskarten oder -bücher werden vom Verbandsvorstand ausgefertigt gegen eine Gebühr

von 1 Mk. für eine Mitgliedskarte und 3 Mk. für ein Mitgliedsbuch.

Wenn bei Anforderung einer Erfahrungskarte oder eines Erfahrungsbuches mehr als 13 Reste vorhanden sind, kann Erfahrung nicht mehr geleistet werden.

3. § 7: Der wöchentliche Beitrag ist im voraus zu entrichten und beträgt:

in Klasse	I	II	III	IV	V
in Pf.	70	130	170	270	350

Von dem Beitrag der 5. Klasse sind 30 Pf. für die Invalidenunterstützung zu berechnen.

4. Arbeitslosenunterstützung.

§ 18: An Arbeitslosenunterstützung kann gewährt werden:

Klasse	Karenz	Pro Tag	Höchstbetrag	Dauer
I	52	0,75	30,—	40
II	52	1,—	50,—	50
	156	1,50	75,—	
	260	2,25	112,50	
III	52	1,25	75,—	60
	156	1,75	105,—	
	260	2,75	165,—	
IV	52	1,50	210,—	80
	156	2,—	180,—	
	260	3,—	240,—	
V	52	2,—	200,—	100
	156	2,50	250,—	
	260	3,50	350,—	
	520	4,50	450,—	
	780	5,—	500,—	

5. Wiederholter Unterstützungsbezug.

§ 23 ist dahin zu ändern, daß für den wiederholten Unterstützungsbezug die Karenz von 26 auf 30 Wochen erhöht wird, dafür aber stets die Gesamtzahl aller geleisteten Beiträge die Grundlage bildet (Anträge Nr. 66 und 67 vom Verbandstag).

6. Krankenunterstützung.

§ 28 ist dahin zu ändern, daß für den wiederholten Unterstützungsbezug stets die Gesamtzahl aller geleisteten Beiträge die Grundlage bildet.

7. Umzugsunterstützung.

§ 30. Als Umzugsunterstützung kann gezahlt werden:

Karenz	Klasse IV	Klasse V
104	30,—	50,—
156	40,—	65,—
208	50,—	80,—
260	60,—	95,—
312	70,—	110,—
364	80,—	125,—
416	90,—	140,—
468	100,—	155,—
520	110,—	170,—
780	140,—	200,—
1040	170,—	250,—
1300	200,—	260,—

8. Wiederholter Unterstützungsbezug kann nach Leistung von 52 Beiträgen erfolgen.

Als Grundlage gilt die Gesamtzahl der geleisteten Beiträge.

9. Beitragsanteile. Die den Zahlstellen zur Bestreitung örtlicher Ausgaben verbleibenden Beitragsanteile sollen betragen:

für Zahlstellen ohne Angestellten 10 Prozent,
für Zahlstellen mit Angestellten 3 Prozent

der Beitragsentnahme ohne den Beitragsanteil für die Invalidenunterstützung.

2. Extraunterstützung für Ausgesteuerte.

Vom 1. Dezember ab kommt an alle jeweils ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder eine außerordentliche Unterstützung zur Auszahlung, deren Höhe nach der für den letzten Bezug von Arbeitslosenunterstützung geltenden Grundlage zu berechnen ist und in den einzelnen Beitragsklassen betragen kann:

Klasse	Karenz	Wochen à Mk.	Höchstbetrag
I	52	2 à 5,—	10,— Mk.
	156	4 à 5,—	20,— „
II	52	4 à 6,—	24,— „
	260	4 „ 7,50	30,— „
III	52	5 à 6,—	30,— „
	156	5 „ 7,50	37,50 „
IV	52	6 à 7,50	45,— „
	156	6 „ 9,—	54,— „
V	52	8 à 9,—	72,— „
	156	8 „ 10,50	84,— „
	260	8 „ 12,—	96,— „

Die Auszahlung dieser außerordentlichen Unterstützung soll nur in Wochenraten erfolgen. Die Unterstützung muß während der Dauer der Arbeitslosigkeit erhoben werden. Für mehr als 7 Tage — eine Woche — darf auf einmal nicht ausgezahlt werden und sind dabei immer die letzten dem Tage der Auszahlung vorausgegangen Tage der Arbeitslosigkeit zu berechnen.

Bei weniger als 7 Tagen ist für jeden Tag der siebente Teil der zutreffenden Wochenrate zu berechnen, wobei Pfennigbeträge auf volle 10 Pf. nach oben aufzurunden sind. Als erster Tag für den Bezug dieser Unterstützung kann frühestens der Mittwoch, der 1. Dezember, in Anrechnung kommen.

Mitglieder die schon vor dem 1. Dezember ausgesteuert waren, können diese Extraunterstützung vom 1. Dezember ab beziehen. Solche Mitglieder, die erst nach dem 1. Dezember ausgesteuert werden, erhalten die Extraunterstützung im Anschluß an die nach dem Statut ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung.

Für die Auszahlung geben wir besondere Quittungsformulare aus, welche den Gau- und Ortsverwaltungen noch rechtzeitig zugehen werden.

3. Anstellung eines Verbandsbeamten in Dresden.

Die auf unsere Ausschreibung in Nr. 43 und 44 der „Buchbinder-Zeitung“ eingegangenen Bewerbungen erscheinen dem von der Ortsverwaltung der Zahlstelle Dresden zur Vorbereitung der Wahl eingesetzten Wahlausschuß ungenügend. Dieser ist der Auffassung, daß noch weitere Mitglieder für die Bewerbung um die ausgeschriebene Stelle in Frage kommen und sich auch melden werden, wenn sie gewußt hätten, daß die bisherigen Gehaltsätze der Angestellten des Verbandes durch Beschluß der Verbandsversammlung vom 11. bis 13. November d. J. eine angemessene Erhöhung erfahren haben.

Wir bringen daher unter Hinweis auf die in den Nummern 43 und 44 bereits veröffentlichte Ausschreibung hiermit zur Kenntnis, daß weitere Bewerbungen für die Anstellung eines Verbandsbeamten in Dresden noch bis zum 1. Dezember an uns eingereicht werden können.

Der Verbandsvorstand.

Die 3. Tagung unseres Verbandsrats

Am 11. November, früh 9 Uhr, eröffnete Kollege Haueisen die 3. Tagung des Verbandsrats mit einer Begrüßung der Erscheinenden. An Stelle der zum Angestellten des Verbandes gewählten Kollegen G. v. Meiß-Wagdeburg und Koch-Berlin sind deren Stellvertreter Kollege Teschow-Berlin und Kollege Schwarz-Wittenberg an Stelle des Kollegen Hermann-Barren der Kollege Franke-Barren erschienen.

Haueisen schlägt vor, die Tagesordnung um einen Punkt zu erweitern und „die Berichtigungen in der Gewerkschaftsbewegung“ ebenfalls mit zu behandeln.

Müller-Leipzig wünscht grundsätzliche Regelung der Frage der Hilfe für die Arbeitslosen vor Eintritt in die Tagesordnung. Er denkt sich diese Hilfe anders, als die Vorstandsvorlage es will.

Haueisen hält besondere Behandlung der Frage für überflüssig, da sie im 1. Tagesordnungspunkt mit behandelt werden müsse. Widerspruch wird hiergegen nicht erhoben.

Die Tagesordnung lautet nunmehr:

1. Vertrags- und Unterstützungsfragen.
2. Regelung der Gehälter der Angestellten.
3. Die Arbeitsgemeinschaft.
4. Die Berichtigungen in der Gewerkschaftsbewegung.

Zum 1. Punkt referiert Lender (Verbandsvorstand). Er bedauert einseitig, daß die Berliner Vertreter im Beirat in der letzten Sitzung gegen die Vorstandsvorlage gestimmt haben, während doch kurz darauf die Zahlstelle Berlin mit wesentlicher Beitragserhöhung und Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorgegangen sei. Die Wirtschaftslage habe sich gewaltig verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen und Verhungerstrebenden ist rapid gestiegen. Das zwingt nunmehr zur Regelung der zur Behandlung stehenden Fragen. Der Vorstandsvorsitzende habe reichlich erwogen, ob man den Arbeitslosen durch eine sogenannte Notstandsaktion helfen solle oder durch eine generelle Regelung des ganzen Unterstützungswezens. Die wesentliche Belastung durch Arbeitslosigkeit lasse das Letztere für das Bessere erscheinen. Er begründet eingehend die Vorlage des Vorstandes, die bereits in letzter Nummer der „N. Z.“ unsern Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Lender verweist darauf, daß die Arbeitslosigkeit in unserer Veranschaulichung höher sei als in den andern graphischen Gewerben und detailliert die jetzigen Einnahmen und Ausgaben der Hauptklasse, daraus nachweisen, daß bei den jetzigen Einnahmen eine Erweiterung der Unterhaltungen nicht möglich sei. Deshalb sei auch eine Erhöhung der Beiträge notwendig. Das 3. Quartal habe infolge der schlechtesten beruflichen Lage mit einer erheblichen Mindereinnahme zu rechnen. Zum Schluß ersucht er um Annahme der Vorstandsvorlage.

Nunmehr wird in die Generaldiskussion eingetreten.

Drügger-München bedauert das späte Vorlegen des Vorstandsantrages. Mit dieser Vorlage ist die Arbeitslosenfrage nicht zu lösen. Trotz starker Gewerkschaften ist die Lage der Arbeiterschaft schlechter als vor dem Kriege. Daran ist nicht zuletzt der Ausverkauf Deutschlands schuld und die enorme Geldentwertung. Auch die Sabotage der Unternehmer trage hierzu bei, die die schlechte Zeit kennzeichnen, um die Arbeiterschaft auf die Armut zu zwingen. Daß die einzelnen Zahlstellen durch lokales Vorgehen die Not der Arbeitslosen lindern wollen, sei doch verständlich, da sie von den Arbeitslosen überlaufen werden. Deshalb sei ein Wortwort gegen diese Zahlstellen nicht berechtigt. Der Senat habe ein Interesse an den Arbeitslosen, denn ein bekannter Staatsmann habe gesagt, daß die Arbeitslosen als Streikbrecher gebraucht werden. Unsere parlamentarischen Vertreter hätten viel mehr tun müssen und können, als sie getan haben. Mit dem Steuerabzug sei es besser gegangen. Speziell den Ausgesteuerten sei so schnell wie möglich zu helfen. Mit der jetzigen Situation und mit der Verbandsunterstützung kann kein Mensch leben.

Müller-Leipzig. Wer täglich mit den Mitgliedern zusammenkommt, weiß, daß eine Beitragserhöhung nicht viel Freunde finde. Es wird immer gefragt, warum die Gewerkschaften nicht in der Frage der Arbeitslosen etwas tun. Die General-Kommission hätte bei ihrer Verbindung mit den Regierungsstellen manches erreichen können, ihre Aufgabe sei es, nach Mitteln und Wegen Ausschau zu halten, wie der Arbeitslosennot zu begegnen sei. Die Unterhaltung der Arbeitslosen ist eine Pflicht des Staats, die dieser jedoch noch immer nicht erfüllt habe. Wir können nicht so lange warten, bis die Macht im Staat in den Händen der Arbeiterschaft läge. An eine Beitragserhöhung habe er nicht geglaubt, zumal an diese zur Zeit nicht zu denken sei. Wenn ihm nachgewiesen wird, daß ohne Beitrags-

erhöhung keine Hilfe für die Arbeitslosen möglich sei, dann wird er noch mit sich reden lassen, denn er verfolge sich nicht einer besseren Einsicht. Er geht auf einzelne Punkte der Vorlage näher ein. Besonders wendet er sich gegen die Punkte 7 und 9. Er hält es für richtig, daß bei einer Ertragssteuer der ganze Ertrag für die Arbeitslosen verwendet wird. Bei Heften des Tarifauslasses könne man dies erspart werden. Die Ertritterung über den Reichsmaß sei groß, er gebe noch immer auf Kosten der früheren Tarifstädte.

Stallich-Frankfurt bekennet sich als Befürworter der Beitragserhöhung, nachdem ein Teil unserer Zahlstellen Koalbeitragserhöhungen in größerem Ausmaß durchgeführt haben, obwohl deren Vertreter im Beirat gegen die Beitragserhöhung für die Verbandsklasse gestimmt haben. Die Haltung der Mitglieder werde stark beeinflusst durch die Haltung der Funktionäre in den Zahlstellen. Bei der Zuteilung zu den einzelnen Beitragsklassen solle der Verdienst besser berücksichtigt werden. Dann werden die niedrigen Klassen bald eher Mitglieder sein und damit mit Ausnahme einer Klasse für die Lehrlinge und Jugendlichen überflüssig. Unsere Mitglieder müssen in den höchsten Klassen steuern.

Lender verweist darauf, daß eine Zuteilung zu den einzelnen Beitragsklassen bereits von der 1. Beiratsitzung beschlossen worden sei.

Siegler-Heilbronn wendet sich gegen die weit ausgedehnten Karenzzeiten. Man sollte nur für Arbeitslose etwas schaffen, dann können wir eher zu einem Resultat.

Schwarz-Wittenberg bedauert die Ablehnung des erhöhten Beitrages bei der letzten Beiratsitzung. Jetzt sei die Arbeitslosigkeit jedoch so groß, daß die Erhöhung der Unterstützungsätze und damit der Beiträge unermeidbar wäre. Und zwar werde man sowohl die Beiträge wie die Unterstützungsätze auf je 100 Proz. erhöhen müssen. Er erklärt sich weiter gegen die hohen Lokalt Beiträge, die nur zur Dezentralisation führen. Große Zahlstellen wie Berlin mögen ja gut dabei fahren, in der Provinz komme man dabei jedoch unter den Schlitzen.

Scharrer-Fürth: Die Arbeitslosenunterstützung kann erhöht werden, wenn die Beiträge erhöht werden. Er erklärt sich für beides.

Bühl-Stuttgart: Eine Regelung der Arbeitslosenunterstützung und als logische Folge eine Regelung der Beiträge sei zu begrüßen. Die große Arbeitslosigkeit ist zum Teil mit Schuld der Arbeiterschaft, die nicht einig sei. Wäre sie das, dann könnte manches getan werden, was uns not tut. Der krasse Materialismus müsse verschwinden.

Renner-Dresden: Wir sollen auf die Bundes der Arbeitslosen nicht nur weiße Seide streichen und nicht versuchen, ihnen mit Palladiummitteln zu helfen. An der Frage der Arbeitslosigkeit sind auch die in Arbeit Stehenden stark interessiert. Die Regierungen müssen zu Handlungen getrieben werden, die den Arbeitslosen Hilfe bringen. In diesem Sinne muß bei den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften gewirkt werden. Hat man für andere Dinge Hunderte von Millionen übrig, dann muß man auch für die Arbeitslosen etwas tun können. Produktive Arbeitslosenfürsorge oder Ausbau der Arbeitslosenversicherung oder Beschaffung von Arbeit sind Mittel dazu.

Herzog-Wehr: Im Referat Lenders sei nicht mit einem Wort auf die eigentliche Arbeitslosenfrage eingegangen worden. Die Arbeitslosennot muß zu mildern versucht werden. Die Vorlage des Vorstandes zeige, daß den Arbeitslosen nur mit Vetteilsplänen geholfen werden könne. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften könnten viel mehr tun, wenn sie den Willen dazu hätten. Aber daran jehene es dort zu fehlen. Er bedauere das im Interesse der Arbeitslosen. Die Versuche, Berlin in Mißkredit zu bringen, weise er zurück. Die Sondersatzung zur Unterhaltung der Arbeitslosen in Berlin brauche den Beirat in seiner Stellungnahme nicht zu beeinflussen. Die Opfer des wirtschaftlichen Niederganges zu unterstützen, sei nach wie vor Aufgabe des Staates. Dieser sowohl als auch die Zentralinstanzen haben in dieser Sache völlig versagt. Er erkennt an, daß auch die Verbandsklasse den Arbeitslosen helfen müsse, das könnte aber nicht so geschehen, wie es die Vorlage des Verbandsvorstandes will. Weiter nimmt er Stellung gegen die Punkte 4, 5, 7 und 9 der Vorlage, die er abzulehnen bittet. Eine Erhöhung der Umzugsunterstützung bedeute nichts anderes, als den Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen. Die Erhöhung der Krankenunterstützung sei nicht notwendig, dafür solle man mehr den Arbeitslosen geben. Soll den Letzteren etwas gegeben werden, dann nur auf Grund von Beitragsbeiträgen, deren Ertrag reiflos den Arbeitslosen zugute kommt. Alles andere ist abzulehnen. Nicht jede Beitragserhöhung müsse der Verbandsklasse einen großen Heberzug bringen.

Imhof-Berlin begrüßt es, daß der Beirat anscheinend heute einen anderen Standpunkt ein-

nimmt, als auf seiner letzten Tagung. Mit den hohen Lokaltbeiträgen muß gebrochen werden. Da diese den Gedanken des Zentralismus schädigen. Er beantragt, daß der Lokaltbeitrag in der Zahlstelle 76 Pf. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder nicht übersteigen dürfe. Auch hierüber soll die Urabstimmung das letzte Wort haben. Die Umzugsunterstützung brauche nicht geändert zu werden. Auch er glaubt, daß die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften in der Frage der Arbeitslosen versagt haben. Der produktiven Erwerbslosenunterstützung und der Sabotage der Unternehmer müsse größere Beachtung geschenkt werden. Der große Einfluß des Gewerkschaftsbundes muß in allen diesen Fragen nutzbar gemacht werden.

Schreier-Chemnitz: Unser Ortsverein hat sich, wenn auch schweren Herzens für Beitragserhöhung ausgesprochen. Allerdings hätten wir gewünscht, daß wir besser mit der Lohnbewegung wie die Anspruchslosen abgekommen hätten. Zur Arbeitslosenfrage ist zu bemerken, daß ihnen mit Geld allein nicht viel geholfen ist. Es muß dafür gesorgt werden, daß sie Beschäftigung erhalten. Den Antrag Imhof finde ich für erwägenswert. Wir müssen auf jeder Fall mehr die zentrale Unterstützungsmaßnahme im Interesse der kleinen Zahlstellen ausbauen. Ich bitte Sie daher, die Vorlage des Verbandsvorstandes anzunehmen.

Harber (Verbandsvorstand): Wenn gesagt wurde, wir müssen uns mehr mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen und das Hebel an der Wurzel ansetzen, so müssen wir uns doch dabei klar sein, daß wir in kapitalistischer Produktionsweise dieses Problem überhaupt nicht ganz lösen können. Es ist nur bedauerlich, daß wir zurzeit, als wir die Gelegenheit hatten, eine sozialistische Regierung zu bekommen, unsere politischen Parteien so auseinanderbringen, daß sich alle größeren Probleme zerstückeln und heute mehr denn je vom Ziele entfernt sind. Man sei aber im Irrtum, wenn man meine, daß der A. D. G. in dieser Frage versagt habe. Wer das behauptet, müsse die Verhandlungen bei der Tagung des Gewerkschaftsbundes scharf verfolgt haben. Allerdings sei das alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so daß man mit Recht mehr verlangen müsse. Aber besonnenheit mehr für die Abwendung der Not der Arbeitslosen tun. Der Vorstandsvorsitzende habe es am meisten bedauert, nicht eher und mehr in dieser Beziehung tun zu können, da er durch die abgelehnten höheren Beiträge durch die letzte Beiratsitzung nichts weiter tun konnte. Er sucht die Möglichkeit der Berechnung der Vorlage nachzuweisen und bittet um deren Annahme. Es sei auch unzutreffend, wenn Herzog behauptet habe, daß die Vorlage nur einen Vetteilsplänen den Arbeitslosen bringe. Tatsächlich erhalte mancher, der jetzt nur auf 1 M. Anspruch habe, nach dieser Vorlage dann 4 M. Gehalt sei es zutreffend, daß wir den Kampfcharakter in erster Linie wahren müssten. Deffenungeachtet müsse man doch so schnell und so sehr wie möglich den Arbeitslosen mehr bieten, wie es die Vorlage vorsehe.

Goppert-Hannover: Es ist eine bittere Tatsache, daß wir mit den besten Willen nicht alles Gute bringen können, wie wir wünschen. Garber hat Recht, solange die kapitalistische Wirtschaft besteht, bleibt das Hebel der Arbeitslosigkeit. Aber auch die überhöhte kommunistische Wirtschaft würde ihr Los nicht bessern. Ich würde vorschlagen, durch die Krankenunterstützung einen diesen Strich zu machen. Bei der Auszahlung der paar Pfennige Unterstützung haben die Funktionäre doch nur einen höheren Standpunkt. Durch Einführung der Erwerbslosenunterstützung würden wir den Dank der Mitglieder erwerben. Diese sollten wir durch Urabstimmung beizubringen und eine solche Vorlage durch eine Kommission ausarbeiten lassen. Die Beiträge müssen wir aber unter allen Umständen erhöhen, denn wir müssen den tatsächlichen Verhältnissen endlich mal Rechnung tragen. Vor allen Dingen auch, um die lokalen Unterhaltungen nicht so in die Höhe zu bringen.

Drügger-München weist auf die hohen Papierpreise und die Preise im Buchhandel hin. Hier sollte der Gewerkschaftsbund dagegen einschreiten. Ebenso gegen die hohen Kohlenpreise. Man muß es offen ausprechen, daß der Gewerkschaftsbund sich nicht gütlich, energisch zugewandt. Die Engländer gehen in ihren Gewerkschaften viel besser und radikaler vor. Der unverschämte Profitwucher ist schuld, daß die Arbeiter nicht mehr kaufen kann. Denselben Wucher sehen wir bei dem Leder und anderen Rohmaterialien, die ebenfalls ungeheure Verdienste abwerfen.

Söfer (Verbandsauschuß): Es ist richtig, daß der Gewerkschaftsbund viel geändertes hat, aber noch mehr, ja am allermeisten ist von den Arbeitern selbst geändert worden, das haben wir in Leipzig erlebt. So u. a. bei der Postkaststeuer, die man sehr mangelhaft gezahlt habe. Es wäre unbedingt Pflicht für unseren Verband, für die Arbeitslosen mehr ein-

zutreten, aber nur eine Erhöhung der zentralen Beiträge kann uns helfen. Doch müssen wir mehr als die Vorlage geben. Vor allem muß die Karenzzeit wie früher bleiben. Die Mitglieder werden der Beitragserhöhung schon zustimmen, wenn man ihnen mehr bietet.

Henkes - Bonn: Wenn größere Ausgaben gemacht werden sollen, dann muß auch für Deckung gesorgt werden. Er bespricht die Klassenverhältnisse des graphischen Zentralverbandes. Daß die durch die Beitrags-erhöhung der Verbandsklasse zuzuführenden neuen Mittel nur für die Arbeitslosen verwendet werden sollen, brauche man nicht ohne weiteres anzunehmen. Andere Unterstützungs-einrichtungen sind ebenfalls verbesserungsbedürftig.

Menzger - Dresden empfiehlt, dafür zu sorgen, daß die kommende Wirtschaft der Arbeiterschaft zugute kommen soll und weiter Verbesserung von Wohnungsbau auf Kosten des Staats in Verbindung mit der Wirtschaft und der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Dieser Weg ist auch im kapitalistischen Staatswesen möglich.

Gauzeisen (Verbandsvorstand): Unsere wirtschaftliche Lage ist eine Folge des verlorenen Krieges. Die „gute“ Konjunktur nach Kriegsende war ein Unglück für uns, da durch den gesunkenen Geldwert die Rohprodukte zu teuer eingekauft werden mußten. Das Kohlenerkennen von Eva konnte nur auf Kosten der Kohlenlieferung unserer Industrie und der Hausbrandversorgung eingeleitet werden. Der Verlust unserer Eisenerzquellen bedingt ebenfalls teuren Einkauf im Ausland. Der unter Umständen eintretende Verlust Oberschleffiens verschlechtere die Wirtschaftslage weiter, so daß auf absehbare Zeit mit einer Währungsreform gar nicht gerechnet werden könne. Die Sabotage der Unternehmer soll jetzt ebenfalls in Betracht gezogen werden. Die Überfüllung des deutschen Marktes mit ausländischem Kapital, die bewirkt, daß das einheimische kaum noch als selbstständig angesehen werden kann. Mit der Frage der Arbeitslosen haben sich schon alle Einrichtungen beschäftigt, ohne zu einem Resultat zu kommen. Auch bei einer Vollqualifizierung würde sie nicht gelöst werden können, so lange die Friedensbedingungen auf uns lasten. Die Zeiten, die wir früher hatten, werden in absehbarer Zeit für den deutschen Arbeiter nicht wieder kommen. Er geht auf die Fortentwicklung des Behnruhmens näher ein. Die Angriffe auf den Gewerkschaftsbund sind nicht berechtigt, da man von diesem zurecht verlangt. Nachdem die politischen Parteien die Anforderungen nicht meistern konnten, die an sie gestellt worden sind, wird der Gewerkschaftsbund das auch kaum können. Weiter spricht er über die Vorlage des Vorstandes, deren Inhalt er beschreibt.

Lender (Verbandsvorstand) geht in seinem Schlusswort auf die einzelnen Momente ein, die in der Debatte gemacht wurden. Die Leistungen der Verbandsklasse können sich immer nur nach ihren Einnahmen richten. Er empfiehlt die einzelnen Punkte der Vorlage zur Annahme.

Nummer wird in die Spezialdiskussion einbezogen. Zur Beratung wird Ziffer 3 gestellt (Siehe Vorlage in letzter Nummer).

Herzog - Berlin will erst die Unterstützungsfrage geklärt haben. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Kaulich - Frankfurt wendet sich gegen die Erhöhung der 1. Klasse, weil diese in der Hauptsache für Lehrlinge bestimmt sein sollte. Gegen die übrigen Klassen habe er nichts einzunenden.

Dehnen (Verbandsvorstand): Der Vorstand würde eine Abänderung der bisherigen Bestimmungen bedeuten, der für die 1. Klasse auch die jugendlichen Arbeiterinnen zuzulassen wolle. Nachzufragen ist, inwieweit diese in diese Klasse einbezogen werden können. Er empfiehlt auch die Ablehnung des Vorschlages.

Ellmann (Verbandsvorstand) wünscht ebenfalls Freilassung der 1. Klasse von der Beitrags-erhöhung.

Beckmann wird den Beitrag so festzusetzen, wie er in der Vorlage des Vorstandes festgesetzt ist. Danach Ziffer 6 Mittel der Vorlage.

Gegen Ziffer 4 der Vorstandsvorlage (Pflichtbeiträge) wendet sich

Hildebrandt - Berlin: Der Antrag sei unsinnig im höchsten Maße.

Müller - Leipzig schließt sich dem an, während Pflichtbeiträge mit Ausnahme der Invaliden ist.

Frau Krzhwin (Verbandsvorstand) kann sich mit diesem Beitrag nicht befremden.

Gauzeisen (Verbandsvorstand) weist darauf hin, daß jetzt aus irgendeinem Grunde beitragsfreie Mitglieder sehr viel Rechte an die Organisation haben und auch die Verwaltungskosten ungünstig von den Mitgliedern beizustellen werden, da jetzt ein Pflichtbeitrag sehr wohl berechtigt.

Werner - Dresden und **Imhof - Berlin** lehnen diesen Beitrag ab. Dagegen **Goppert - Han-**

nover, Henkes - Bonn und **Frau Schneeweis - Verbandsvorstand.**

Brückner - Berlin schließt sich den Ausführungen Gopperts an.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Pflichtbeitrag wird abgelehnt.

Punkt 5 der Vorstandsvorlage wird ebenfalls abgelehnt.

Bei Beratung des **Punkt 1 der Vorstandsvorlage** bemerkt

Müller - Leipzig, daß der Beitrag kaum die Aufgabe und das Recht habe, solche Änderungen vorzunehmen, das sei Sache des Verbandstages.

Gauzeisen (Verbandsvorstand) weist darauf hin, daß der Beitrag diese Aufgabe zugewiesen erhalten habe, da er Vorlagen zur Abstimmung aufstellen solle.

Punkt 1 und 2 werden angenommen.

Zur Beratung steht sodann die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (Punkt 6 und 7 der Vorstandsvorlage).

Gauzeisen (Verbandsvorstand) begründet Punkt 7, der eine Erhöhung der Karenzzeit von 26 auf 32 Wochen vorschlägt, dafür aber beim wiederholten Unterstützungsbezug alle geleisteten Beiträge aufgerechnet werden.

Frau Krzhwin (Verbandsvorstand) und **Schrader (Verbandsvorstand)** sprechen ebenfalls für Annahme des Antrages, zum Teil mit längeren Ausführungen.

Schwarz - Wittenberg und **Herzog - Berlin** wenden sich gegen ihn und machen den Vermittlungsvorschlag, die Karenzzeit auf 30 Wochen zu erhöhen.

Garder (Verbandsvorstand) weist nochmals in längeren Ausführungen die Berechtigung der Vorlage nach und bittet, mit Rücksicht auf die weittragende Bedeutung der Aufrechnung sämtlicher Beiträge es bei dieser Karenz zu belassen.

Brügger - Wünnen ist ebenfalls für die Ablehnung des Antrages.

Imhof - Berlin spricht sich für den Vermittlungsvorschlag von 30 Wochen aus. Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag auf Berechtigung der Karenz auf 30 Wochen fast einstimmig angenommen.

Die Anträge 66 und 67 der Vorlage an den Verbandstag finden sühngemäße Anwendung.

Lender (Verbandsvorstand) empfiehlt bei Punkt 6, es bei der Vorlage mit einigen Abweichungen zu belassen und dieselbe in dieser Fassung anzunehmen.

Menzger - Dresden erklärt, für die Anregungen Lenders einzutreten, wenn die Arbeitslosenunterstützung dementsprechend erweitert wird.

Schwarz - Wittenberg stellt den Antrag, die letztere auf 100 Proz. zu erhöhen, sonst es aber bei den anderen Unterstützungsstufen zu belassen.

Herzog - Berlin ist ebenfalls gegen jede Erhöhung der anderen Unterstützungsstufen und lediglich für die erhöhte Arbeitslosenunterstützung. Diese sei sehr wohl durchführbar; er ersucht, die täglichen Arbeitslosenunterstützungsstufen um 100 Proz. zu erhöhen.

Müller - Leipzig: Er glaubt nicht, daß mit der Vorlage des Vorstandes für die Arbeitslosen etwas **Wesentliches** getan werde. Er empfiehlt den Antrag des Kollegen Herzog, die täglichen Sätze um 100 Proz. zu erhöhen. Das Schwerkgewicht ist auf die 3. und 5. Klasse zu legen, um unsere Mitglieder zu veranlassen, in die höheren Klassen einzutreten.

Schrader (Verbandsvorstand): Die Vorlage des Vorstandes bringt den Arbeitslosen größere Vorteile als der Antrag des Kollegen Herzog. Dieser schließt mit einer Karenzzeit von 260 Wochen ab, während die Mitglieder, die längere Zeit dem Verbandsangehören, auch nicht mehr erhalten sollen.

Henkes - Bonn schlägt vor, in der 1. Klasse den Tageslohn auf 1 M. zu erhöhen. Auch die Tagesätze der 4. Klasse sollten erhöht werden, gleichwie die Tagesätze der 5. Beitragssklasse. Als höchste Karenzzeit schlägt er 520 Wochen vor.

Gauzeisen (Verbandsvorstand) kann sich der Auffassung, daß für längere aus jährlicher Mitgliedschaft keine höhere Unterstützung zu zahlen ist, nicht anschließen. Freie langjährige Mitgliedschaft möchte anerkannt werden. Er schlägt weiter vor, in der 4. und 5. Klasse höhere Tagesätze anzugehen, als in der Vorlage enthalten sind. Das helfe eine ganz wesentliche Verbesserung der Unterstützungsbezüge dar.

Weitere Diskussionsredner machen andere Vorschläge.

Frau Krzhwin (Verbandsvorstand) wendet sich dagegen, daß die 3. Klasse nicht genug bedacht werde. Sie verlangt Erhöhung der Vorstandsvorlage in der 3. Klasse um je 25 Pf. in allen Stufen.

Garder (Verbandsvorstand) empfiehlt ebenfalls eine besondere Berücksichtigung der langjährigen Mitglieder.

Imhof - Berlin und **Lender (Verbandsvorstand)** können dem Antrag der Kollegin Krzhwin nicht folgen, da die weiblichen Mitglieder seither immer besser bedacht gewesen sind als die männlichen, was an der Hand statistischer Aufstellungen bewiesen wurde.

Frau Krzhwin (Verbandsvorstand) will nicht, daß der Verband durch die Kolleginnen zu sehr belastet werde. Deshalb habe sie eine Erhöhung nur für die 3. Klasse gefordert.

Herzog - Berlin spricht seine Zustimmung zu dem Abänderungsvorschlag Gauzeisen aus und wünscht nur, daß entsprechend den Anregungen der Kollegin Krzhwin dem Verlangen der Kolleginnen mehr Rechnung getragen wird.

Schwarz - Wittenberg spricht sich in gleichem Sinne aus.

Bei der folgenden Abstimmung ergibt sich die Annahme der Vorlage des Verbandsvorstandes in der Fassung der Bekanntmachung auf Seite 1.

Menzger - Dresden: Jetzt ist noch die Frage der Kurzarbeiter zu entscheiden. Er wünscht eine Klärung, ob die bisherigen Ausführungsbestimmungen im Statut unverändert bleiben sollen.

Gauzeisen (Verbandsvorstand): Diese Frage soll in allen Gewerkschaften gleich behandelt werden. Dazu ist eine besondere Kommission vom Gewerkschaftsbund eingesetzt worden.

Zur Beratung steht nunmehr die Erhöhung der Krankenunterstützung (Punkt 8 der Vorlage).

Lender (Verbandsvorstand) kann nach der wesentlichen Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung die Erhöhung der Krankenunterstützung nicht mehr befürworten. Außerdem kommt auch hier die abgeänderte Karenzzeit in Frage (Punkt 9), die eine wesentliche Erhöhung an sich schon darstellt.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Erhöhung der Krankenunterstützung.

Zur Beratung steht die Erhöhung der Unterstützung (Punkt 10).

Gauzeisen (Verbandsvorstand) empfiehlt deren Annahme, zumal sie keine wesentliche Verlesung der Verbandsklasse darstellt.

Menzger - Dresden wünscht eine Verringerung der vorge schlagenen Sätze bis auf 750 Wochen und eine Erhöhung der dann noch verbleibenden zwei höchsten Klassen um je 30 M.

Müller - Leipzig lehnt eine Verringerung der Umzugsunterstützung ab, auch aus dem Grunde, weil Umzüge im Sinne des Statuts heute sehr wenig vorkommen.

Brügger - Wünnen spricht für die Vorlage des Verbandsvorstandes.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes.

Zur Beratung steht nunmehr Ziffer 11 hinterbliebenenunterstützung.

Lender (Verbandsvorstand) lehnt nunmehr auch die Erhöhung dieser Unterstützung ab.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages des Verbandsvorstandes.

2. Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt **Wreda - Breslau**, er halte die gestern gefassten Beschlüsse für gut und nützlich im Interesse des Verbandes. Durch Rücksprache oberdisziplinärer Gewerkschaftsführer sei von dem Gewerkschaftsbund angehalten worden, daß bis zur Lösung der oberdisziplinären Frage die dortigen Gewerkschaften von jeder jetzt eintretenden Beitrags-erhöhung freizuhalten sind, um die dortigen Gewerkschaftsmitglieder nicht in die politischen Gewerkschaften zu treiben. Er bittet, für unseren Verband die alten Beitragsätze und Unterstützungen zu belassen, bis über das Schicksal Oberdisziplinären entschieden sei.

Gauzeisen (Verbandsvorstand) erkennt die Berechtigung der Forderungen an, ersucht aber zunächst um Aufstellung eines Beschlusses.

Danach steht Punkt 12 der Vorstandsvorlage zur Debatte (Beitragsanteile der Zahlstellen und Gage).

Lender (Verbandsvorstand) begründet den Antrag auf Grund rechnerischer Unterlagen.

Wahl - Stuttgart: Die Aufstellung Lenders bringt wohl rechnerisch höhere Einnahmen für die Lokalkassen, aber dem Geldwert entsprechend ist es doch nicht mehr. Er ersucht um Beibehaltung der bisherigen Sätze.

Brügger - Wünnen schließt sich dem an. Die Ausgaben der Lokalkassen steigen unaufröhrlich, so daß auch diesen Kassen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Henkes - Bonn wünscht dasselbe.

Schreiber-Chemnitz verweist u. a. darauf, daß die Orte die Beiträge durch Hauskassierer einziehen und dadurch große Kosten entstehen. Auch er wünscht, daß die alten Sätze beibehalten werden.

Kaulich-Frankfurt unterstützt den Antrag des Verbandsvorstandes. Auch dieser gebe den Lokalfassen eine gute Wehreinnahe.

Menzner-Dresden macht ebenfalls auf das Hauskassierensystem aufmerksam, das verlange, daß die Anteile der Lokalfassen erhöht werden, wenn nicht wesentliche Erhöhungen der Lokalfbeiträge erfolgen sollen. Und das werde doch auch nicht gewünscht.

Müller-Halle beantragt, daß Zahlstellen mit über 250 Mitgliedern eine monatliche Abrechnung nicht mehr zu führen brauchen.

Schabe (Verbandsvorstand) unterstützt den Antrag des Verbandsvorstandes.

Vöder-Breslau und Hierold-Annaberg können sich mit dem Antrag des Verbandsvorstandes nicht einverstanden erklären. Letzterer beantragt, die Anteile auf 4 und 8 Proz. festzusetzen.

Hildebrandt-Berlin verlangt den alten Satz, ist aber bereit, auf den letzten Vorschlag einzugehen.

Brucks-Breslau will ebenfalls die alten Sätze beibehalten. Soll das nicht sein, dann müsse der Verbandsvorstand zur Entschädigung der örtlichen Funktionäre Stellung nehmen und diese auf seine Rechnung nehmen.

Hauelsen und Lender (Verbandsvorstand) treten für die Vorlage des Vorstandes ein.

Herzog-Berlin: Die Ausführungen der Vertreter der Provinz müssen berücksichtigt werden. Berlin würde nicht großen Wert darauf legen, den alten Satz zu behalten, aber er erkenne an, daß die kleineren Zahlstellen mehr Mittel haben müssen.

Müller-Leipzig schließt sich dem an und ist eventuell mit 4 und 8 Proz. einverstanden.

Jmhof-Berlin zieht seinen Antrag auf Beschränkung der Lokalfbeiträge zurück und beantragt dafür, daß der Verbandsvorstand gehalten sein soll, bei Anträgen auf Bewilligung höherer Lokalfbeiträge als 1 M. für männliche und 0,80 M. für weibliche Mitglieder auf ihre Notwendigkeit hin genauestens zu prüfen und eventuell die Zustimmung dazu zu versagen.

Hauelsen (Verbandsvorstand): Das Recht des Einspruchs hat der Verbandsvorstand heute schon.

Die hierauf gefällte Abstimmung ergibt die Ablehnung des Vorkontrahes und die Annahme des Antrages Hierold, 4 resp. 8 Proz. als Lokalfanteile festzusetzen. Der Antrag Jmhof wird dem Verbandsvorstand als Material überwiesen.

Hierauf wird in die Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung eingetreten, "Regelung der Gehälter der Angestellten". Hierbei referierte Müller-Camburg als Vorsitzender des Angestelltenrates, die Vorlage begründend.

In der Diskussion bemerkt Müller-Leipzig, daß es zu bebauern sei, daß die Vorlage dem Beirat so spät vorgelegt wird. Die Grundzüge der Vorlage stimmt mit dem ja überein, was die letzte Veirats-sitzung genehmigt habe, aber sie gehe ihm zu weit. Der größte Wert ist auf die Anfangsgehälter zu legen. Weiter sollte man sich mit nur drei Angestellten-gruppen beschäftigen. Ein Mangel der Vorlage ist, daß sie die Endgehälter nicht anebe. Auch den Angestellten soll das werden, was sie haben müssen. Weiter kritisiert er einzelne Punkte derselben. Zeit stehe, daß die Vorlage noch Abstriche verträge. Leipzig müsse ebenfalls in die erste Ortstafel kommen.

Wiende-Berlin tritt für die Vorlage ein.

Herzog-Berlin: Die Vorlage entspricht in ihrem Aufbau seinen Wünschen. Der Grundsatz ist richtig, daß unsere Angestellten ordnungsgemäß bezahlt werden. Aber die Vorlage sei ihm ebenfalls zu hoch. Auch in dieser Frage müssen wir uns nach der Decke strecken. Im übrigen schlägt er sich den Ausführungen des Vorredners an. Die Differenz zwischen dem Anfangs- und Endgehältern dürfe nicht so groß sein. Mit der Ortstafelneinteilung ist er einverstanden.

Brugger-München ist ebenfalls mit der Vorlage in ihrem ziffernmäßigen Teil nicht einverstanden.

Göber (Verbandsauschuß): Die Vorlage ist in der vorliegenden Form nicht annehmbar, sie müsse Abstriche erhalten.

Fühle (Angestelltenrat): Eine geplante Einkheitsvorlage habe nicht die Zustimmung der Angestellten gefunden. Es sei zu bedenken, daß unsere Angestellten wohl bis zum letzten wesentlich länger arbeiten müssen als die im Betrieb stehenden Mitglieder. Er wendet sich gegen einzelne der gemachten Einwendungen.

Schabe und Frau Krzhmin (Verbandsvorstand) sprechen für angemessene Entlohnung der Angestellten und wünschen die Annahme der Vorlage.

Desgleichen die Kollegen Küster und Brucks vom Angestelltenrat.

Schwarz-Wittenberg stimmt zu, daß die Grundzüge der Vorlage richtig, über Einzelheiten könne man reden.

Willig (Verbandsauschuß): Unsere Angestellten sollten so entlohnt werden wie die Angestellten der übrigen graphischen Organisationen.

Harder (Verbandsvorstand) wünscht eine Milderung in der Klasseneinteilung.

Hierauf wird Kommissionsberatung beschlossen. Nunmehr wird die Vorlage über das Beitrags- und Unterstützungswesen in zweiter Lesung beraten.

Schabecker-Leipzig erklärt dazu, daß die Leipziger Vertreter jetzt für die Erhöhung der Beiträge stimmen werden, nachdem die Unterstützung für die Arbeitslosen eine wesentliche Erhöhung erfahren haben.

Lender (Verbandsvorstand) gibt zu bedenken, daß infolge der Erhöhungen der Unterstützungen für die Arbeitslosen mit den jetzt beschlossenen Beiträgen kaum auszukommen sei. Er schlägt eine weitere Erhöhung der Beiträge vor.

Schabecker-Leipzig und Hildebrandt-Berlin wenden sich gegen diesen Vorschlag, der dann abgelehnt wird.

Menzner-Dresden schlägt vor, die Umzugs-umkehrung in alter Höhe zu belassen und die in der ersten Lesung beschlossene Erhöhung wieder fallen zu lassen.

Müller-Halle schließt sich dem an, besser sei es, die Einküblerunterstützung zu erhöhen.

Hauelsen und Lender (Verbandsvorstand) wenden sich gegen diese Anregung. Desgleichen Jänemann (Verbandsvorstand), Hildebrandt-Berlin, der sich mit weniger Stufen zufriedengeben würde. Auch Jmhof-Berlin ersucht um unveränderte Annahme der Vorlage. Das wird beschlossen.

Lender-Berlin beantragt fockann, den Zahlstellen mit Angestellten 3 Proz., den Zahlstellen ohne Angestellten 10 Proz. als Beitragsanteil zu belassen.

Menzner-Dresden beantragt, daß es bei 4 resp. 8 Proz. bleibe. Desgleichen Müller-Leipzig und Hierold-Annaberg.

Brucks-Breslau, Henkes-Bonn und Jmhof-Berlin empfehlen den Antrag Lenders.

Brugger-München beantragt 4 resp. 10 Proz. zu sagen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages Brugger. Der Antrag Lender wird darauf angenommen, so daß den Zahlstellen 3 resp. 10 Proz. als Beitragsanteile vorbehalten.

Damit ist die Vorlage in dem Wortlaut der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes an der Spitze unseres Blattes angenommen.

Lender (Verbandsvorstand) macht darauf aufmerksam, daß nunmehr nur diese Vorlage als Ganzes zur Urabstimmung gestellt wird und Abänderungsanträge nach den Bestimmungen des Verbandstatutes nicht möglich seien.

Zur Beratung steht nunmehr ein Antrag des Verbandsvorstandes, der eine Extracunterstützung für Ausgesteuerte bis zum entl. Inkrafttreten der erhöhten Unterstützungen festsetzen will. Die entsprechende Vorlage wird von Lender (Verbandsvorstand) kurz begründet.

Die Vorlage wird darauf nach kurzer Diskussion einstimmig in der Fassung der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes an der Spitze dieser Nummer angenommen.

Die in der letzten Veirats-sitzung festgesetzte provisorische Erhöhung der Invalidenunterstützung soll ebenfalls durch die Urabstimmung zu einer obligatorischen gemacht und darum diese Erhöhung mit zur Urabstimmung gestellt werden. Falls die Vorlage insgesamt abgelehnt werden sollte, soll das vom Beirat beschlossene bisherige Provisorium Geltung behalten.

Von einem Schreiben der Vertrauensleute Heibronns an den Beirat nimmt derselbe Kenntnis, doch wird unter allgemeiner Zustimmung zum Ausdruck gebracht, solche Angelegenheiten durch die Veiratsmitglieder im Zukunft selbst vorbringen zu lassen.

Zum 3. Punkt, Arbeitsgemeinschaft,

weist Hauelsen (Verbandsvorstand) einleitend darauf hin, daß diese vielumstrittene Fraoe von ihrer Zweckmäßigkeit betrachtet werden muß. Während die Unternehmer in Handwerks- und Handelskammern seit langer Zeit ihre Interessenvertretungen haben, hat die Schaffung ähnlicher Einrichtungen für die Arbeiter diese seit Jahrzehnten intensiv beschäftigt, die dann schließlich in der Forderung nach Schaffung von Arbeiter- und Arbeitskammern zum Ausdruck kam. Es hat große Mühe und Kämpfe der Arbeiterschaft gekostet, ihre Organisation überhaupt von den

Unternehmern anerkannt zu bekommen. Bei der Schwerindustrie war dies sogar bis zum Ausbruch des Krieges nicht möglich. Wir haben deshalb die Richterenernung stets bebauert und bekämpft. Gegen Ende des Krieges waren die Unternehmer jedoch durch die Verhältnisse gezwungen, alleseitig die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter anzuerkennen.

Man kam dann bald dazu, die bereits bei einer Reihe von Betrieben bestehenden Arbeitsgemeinschaften allgemein auszubauen. Diese wurden dann am 15. November endgültig beschlossen. Besonders wichtig war u. a. dabei die allgemeine Anerkennung der freien Gewerkschaften und insbesondere des Fallentlassen der von ihnen bis dahin unterkühlten Gelsen. Daß auch die linksorientierte Arbeiterchaft sich für den Ausbau dieser Arbeitsgemeinschaften erklärte, geht u. a. daraus hervor, daß auch der damalige Reichsbeauftragte und Führer der U. S. M. Daage sich in einem Aufruf dafür einsetzte. Auch für unsere Beruf kam dann die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach zustande. Aus ihren Reihen werden u. a. sachliche Gutachter usw. aus beiden Seiten berufen. Es sind oft Fragen von weittragender Bedeutung zu entscheiden, deren Wichtigkeit von jeder von den Arbeitgebern erkannt, von den Arbeitnehmern leider verkannt worden sind. Trotz dieser nicht zu verkennenden Vorteile sei er jedoch nicht unbedingt Anhänger dieser Gemeinschaft und bereit, aus derselben auszuscheiden. Am graphischen Bund hat man sich bei unserer Anregung auf Austritt vorläufig reserviert gehalten und will die Entscheidung u. a. erst dem nächsten Verbandstag überlassen. Auch im Gewerkschaftsbund hat man gegen neun Stimmen, die rund 2650 000 Mitgliedern vertreten, den von uns angeregten gemeinsamen Austritt abgelehnt und sich auf die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftsfongresses berufen. Ein hoher Ruf der Arbeitsgemeinschaften ist seither nicht zu spüren gewesen. Der provisorische Reichswirtschaftsrat ist im wesentlichen aus Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaften zusammengesetzt. Hauelsen bietet zum Schluß um ruhige und sachliche Aussprache über diesen Punkt.

Zu der Diskussion hierüber gibt Menzner-Dresden zu, daß bei einzelnen Fragen gemeinsame Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber vorliegen. Diese könnten jedoch sondernd von jeder Gruppe für sich wahrgenommen werden. Er ist daher für Austritt, da dadurch vor allen Dingen ein großer Streitpunkt von der Arbeiterschaft genommen wäre.

Jmhof-Berlin erklärt ebenfalls für Austritt, da uns die Arbeiterschaft nicht das gebracht habe, was man erwartet hat. In den wichtigsten Fragen, besonders solchen, welche die Arbeiterschaft am tiefsten berühren, hat dieselbe verjagt und nur bei den Interessen der Unternehmer wissen sie dieselle für sich auszunähen.

Jänemann (Verbandsvorstand) ist gleichfalls für den Austritt und bebauert, daß zu dem Referat Hauelsens kein Korreferent vorgesehen war. Wenn Haage sich mit der U. S. P. damals für Arbeitsgemeinschaften erklärte, so doch nur, da man sich damals der allgemeinen Ansicht hingab, daß auch die Unternehmer bei Zusammenbruch des Krieges eine andere Haltung den Arbeitern gegenüber einnehmen würden. Tatsächlich ist man in jenen Kreisen sehr bald andern Sinnes geworden. Die von Hauelsen erwähnten Vorteile seien aber doch auch in erster Linie im Interesse der Unternehmer gelegen gewesen. Er bebauert, daß der graphische Bund kein Verständnis für das berechtigte Verlangen der Arbeiterschaft auf Austritt gezeigt hat.

Hildebrandt-Berlin spricht sich im gleichen Sinne aus und weist u. a. darauf hin, daß die Arbeiterschaft durch dadurch erzeugt habe, daß sie dem berechtigten Verlangen nach Bezahlung der Streik-tage nicht entsprochen hat.

Brugger-München pläbiert gleichfalls für den Austritt und bebauert die Stellung des Gewerkschaftsbundes. Wenn heute eine Urabstimmung darüber unter den gesamten organisierten Gewerkschaftsmitgliedern stattfände, würde der Austritt zweifellos beschlossen werden.

Müller-Halle tritt gleichfalls für sofortigen Austritt ein.

Hauelsen (Verbandsvorstand) erklärt in seinem Schlußwort, daß er nie ein Freund der Arbeitsgemeinschaften gewesen sei, doch sei es seine Pflicht gewesen, die Beschlüsse unseres Verbandstages und des Gewerkschaftsfongresses zu beachten, der den Beirat aufgegeben habe. Er empfiehlt in Anbetracht dieser Tatsache folgende Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangt.

„Da die Arbeitsgemeinschaft den berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nicht entsprochen

hal, sehen Beirat, Verbandsvorstand, Vertreter des Verbandsausschusses und Sekretäre des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter davon ab die fernere Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft aufrechtzuerhalten.

Die genannten Körperlichkeiten beauftragen den Vertreter der Verbandsleitung, im A. D. G. B. dahin zu wirken, daß der A. D. G. B. in aller nächster Zeit aus der Zentralarbeitsgemeinschaft austritt.

Ist im A. D. G. B. eine Mehrheit für den Austritt nicht zu erreichen, dann hat der Verbandsvorstand seinen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen.

Anschließend hieran begründet Brückner (Verbandsvorstand) folgende von Küster-Hamburg und ihm vorbereitete Resolution, die einstimmig angenommen wird:

Die Konferenz des Beirats, des Vorstandes und des Ausschusses des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands gibt ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß von der heutigen bürgerlichen Regierung keine Schritte zum Preisabsatz als auch zur Befämpfung der Hebergriffe des freien Handels unternommen worden sind.

Zunächst steht diese Regierung zu, wie täglich das Kapital immer wieder erneute Ausfälle auf die Taschen der deutschen Bevölkerung ausstrahlt.

Die Konferenz ist davon überzeugt, daß bei einem ernstlichen Willen die Arbeiterklasse, mit Hilfe der freigeberischen organisierten Arbeiterbewegung einen erfolgreichen Kampf gegen die Auswüchse des freien Handels, gegen Wucher und Spekulierlust aufnehmen kann. Im Interesse der freigeberischen organisierten Arbeiterbewegung und damit gleichzeitig im Interesse des Volksganzen richtet die Konferenz an die Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sowie an die Zentrale der Arbeitergemeinschaft freie Angelegenheiten das dringende Ersuchen, gemäß freier Angelegenheiten den notwendigen Einfluss in den Reichstag des Reichshauses und der Reichsversammlung der Reichsbürgerschaft zu bewahren. Im besonderen wird gebeten ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmervertretungen bei der Preisgestaltung die Möglichkeit einer weitgehenden Kontrolle über die Produktion, über die Festsetzung der Gehaltsstufen und Materialpreise seitens der freien Gewerkschaften. Ferner wird verlangt eine Umgestaltung aller Preisverhältnisse mit der Prüfung der wirtschaftlichen Einfluss in den Reichstag der Reichsbürgerschaften Volkswirtschaftsgerichte mit den weitestgehenden Befugnissen treten.

Die Verschönerung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nach dem Ausland sowie die Remerung des Volkes ist auf jeden Fall mit Justizhaus und voller Kapitalentscheidung zu bestrafen.

Um diesen Forderungen den gebührenden Nachdruck zu verleihen, in Vertrauenskreisen der freigeberischen Arbeiterbewegungsorganisationen das Grenz-, Währungs- und Zollkontrollrecht an Stellen des Reiches einzunehmen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitergemeinschaft freie Angelegenheiten werden dringend ersucht, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung und im Interesse des Volksganzen auf die Durchführung dieser Forderungen sowohl bei den einzelnen politischen Parteien als auch bei der Regierung zu bringen.

Stephan-Vorleser kommt dann auf die Verhältnisse in der Reichsdruckerei zu sprechen und kritisiert das Vordringen, Aufträge derselben dem Vetr. zu entziehen. Sind doch sogar solche Arbeiten nach Wien vergeben worden.

Der Beirat billigt nach kürzerer Aussprache, daß diesen Bestrebungen durch ausfindende Notizen in der Presse usw. entgegengetreten wird. — Damit schließt die Sitzung am zweiten Tage.

3. Verhandlungstag.

Am Sonnabend früh wird zunächst der Bericht der Kommission zur Regelung der Angestelltenverhältnisse durch Herzog-Vorleser gegeben. Der Aufbau der Vorlage entspreche durchaus dem, was auf der letzten Beiratsversammlung verlangt wurde. Man billigt es daher, daß der Spezialarbeiterlohn zusätzlich 15 Proz. Mehrzulage und 10 Proz. Mehrverdienst — da der Reichstarif nur Minimum als Tarif sei — als Grundlage genommen werde. Man habe daher in der Kommission die Vorlage des Angestelltenrates im wesentlichen angenommen und nur eine Umgruppierung der einzelnen Angestelltenkategorien vorgenommen. Nur sind überall bei den Sätzen der Vorlage 60 Mk. pro Monat abgezinst worden. Die Einteilung in drei Orisklassen billigt die Kommission ebenfalls, da mit Recht im Laufe der Diskussion vom Tarifreferat betont worden sei, daß man bei künftigen Tarifbestimmungen dieser überzogenen Klasseninteilung auf das schärfste entgegenzutreten müsse, weil sie ungerechtfertigt sei. Nur über die zu gewährenden Zulagen habe man sich in der Kommission nicht einigen können. Nach längerer Diskussion wird schließlich die veränderte Vorlage in folgender Fassung einstimmig angenommen. Es erhalten danach:

Table with 3 columns: Gruppe A, Gruppe B, and Orisklasse (III, II, I). It lists various job titles and their corresponding monthly wages for each class.

Table for Gruppe C: Sekretäre beim Verbandsvorstand und Gauleiter, 1. und 2. Bevollmächtigte, 1. Kassierer und Wandermonteur in Zettelhallen über 5000 Mitglieder. Lists wages for classes III, II, and I.

Table for Gruppe D: 1. u. 2. Vorsitzender, Verbandskassierer und Redakteur. Lists wages for classes III, II, and I.

Auf vorstehende Sätze kommen nach jedem zurückgelegten Dienstjahr 60 Mk. pro Monat Zulage.

Mit Beginn des 5. Dienstjahres wird das Höchstgehalt erreicht.

Orisklasseneinteilung.

Klasse I: Berlin, Hamburg, Barmen Elberfeld, Frankfurt a. M., Köln.

Klasse II: Breslau, Chemnitz, Dresden, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Stuttgart, Wiesbaden, Frankfurt.

Klasse III: Annaberg, Heilbronn, Laß, Trofungen.

Die neuen Gehaltsätze haben Geltung vom 1. Juli 1920 ab und unter Aufrechnung der inzwischen gewährten Teuerungszulage von 2 mal 500 Mk.

Zum letzten Tagesordnungspunkt bezieht sich die Besprechungsbereitungen in den Gewerkschaften, hält Michaelis (Verbandsvorstand) das einleitende Referat und betont, daß wir besonders mit Rücksicht auf die Vorkommnisse in letzter Zeit diese Tendenzen in ernster Weise und Augenmerk zuzuwenden müssen. Während wir auf der einen Seite sehen, daß die Arbeitgeber immer seltener ihre Reiben schließen, müssen wir bei den Arbeitern leider beobachten, daß sie sich durch eigene Schuld immer mehr zerstückeln und schwächen. Die Gewerkschaften müssen daher alles aufbieten, um als geschlossenes Ganzes den Arbeitgebern gegenüber ihre Machtstellung zu erhalten. Seit einigen Wochen sehen wir auch in unserem Verband solche zeretzende Bestrebungen, die letzten Endes auf eine Spaltung und Zertrümmerung der Gewerkschaften hinauslaufen. Das warnende Beispiel zeigt uns das Schicksal der U. S. P. Und wenn wir die kommunistischen Schritte aufmerksam verfolgen, so sehen wir, daß nach einem ganz bestimmten Plan die U. S. P. von innen heraus zertrümmert worden ist. Genau nach dem gleichen Rezept sollen jetzt die Gewerkschaften bearbeitet werden. Getreu den Grundätzen der kommunistischen Partei und der Moskauer Dritten Internationale soll die Miniarbeit jetzt in den Gewerkschaften intensiv betrieben werden. Und zwar sind nach diesen Grundätzen ihre Anhänger bezüglich der kommunistischen Partei verantwortlich und verpflichtet, in diesem zersetzenden Sinne in den Gewerkschaften zu wirken. In diesem Sinne sei auch der Aufruf Kaspars in der 'Roten Fahne' vom 22. September 1920 erfolgt. Gegen solche Zeretzungsbestrebungen müßten sich aber die Gewerkschaften im allgemeinen und unser Verband im besonderen auf das entschiedenste wenden. Dabei wollen wir nachdrücklich betonen, daß wir nicht damit etwa jedwede Oppositionsbestrebung im Verband bekämpfen, sondern lediglich die Spaltungsbestrebungen, von denen die Gewerkschaften bedroht sind.

An der Hand von zahlreichen Zitaten aus kommunistischen Schriften weist Redner immer wieder die Nichtigkeit nach, daß die kommunistische Partei bzw. die Anhänger der Moskauer Internationale beabsichtigt, systematisch und unter Verschönerung der Wahrheit auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten, und warnt davor, daß wir diese Gefahr unterschätzen, wie es die U. S. P. getan. Er unterbreitet zum Schluß dem Plenum eine scharf gefasste Resolution, die sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Zeretzungsbestrebungen wendet und vom Verbandsvorstand fordert, mit allen ihm zur Verfügung stehenden salutatorischen Mitteln dagegen vorzugehen. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen stellt

Müller-Halle den Antrag, den Kollegen Czerny als Korreferenten hinzuzuziehen, da dieser ursprünglich von einer längeren Studienreise aus Ausland zurückgekehrt sei und über die dortigen Verhältnisse am besten Aufschluß geben könne.

Gauzeßen (Verbandsvorstand) und Imhof-Vorleser wenden sich gegen diesen Antrag, da es nicht darauf ankomme, wie die Verhältnisse in Ausland und in den russischen Gewerkschaften sind, sondern wir haben und hier nur mit den Zeretzungsbestrebungen der kommunistischen Partei bzw. den von der Moskauer Dritten Internationale aufgestellten Grundätzen zu beschäftigen.

Müller-Vorleser bedauert, die Tendenz der Ausführungen Michaelis' nicht vorher gekannt zu haben, da er sonst aus kommunistischen Schriften

leicht das Gegenteil hätte nachweisen können, was Michaelis nur bei Frage, ob sich die Beiratsräte auf dem Standpunkt der gewerkschaftlichen oder der Münzstrafen-Bent als stellen. Sie ständen aber geistlos auf seitens der gewerkschaftlichen Zentrale. Den Aufruf Kaspars dürfe man ihm nicht verzeihen; denn man müsse ihm das Recht der politischen Freiheit auch in unserem Verband zugestehen. Die Gewerkschaftsbureaukratie sei ein Scandal für die Gewerkschaften, die man mit Recht bekämpfe.

Der Antrag Czerny als Korreferent zuzuziehen, wird dann gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Har der (Verbandsvorstand) geht dann in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse und Bewürnisse mit der Berliner Zentrale näher ein, wo man offensichtlich und mit Absicht unter großen statutarischen Vorwänden den Anweisungen und Beschlüssen sowohl des Verbandsausschusses wie des Verbandsvorstands zuwiderhandelt.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung legt Küster-Hamburg namens des Angestelltenrats Protest dagegen ein, daß dieser von der Zentrale Berlin bei den Anwesenheiten ausgeschlossen worden ist. Des weiteren bedauert er in Ansehung des Verbandes, daß der Angestelltenrat gezwungen gewesen sei, für die Kollegen Kojelmal den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzunehmen, daß sei diese Frage von prinzipieller Bedeutung gewesen.

Herzog-Vorleser bezeichnet die Ausführungen Michaelis' als Hebertrumpelung. Es wäre Pflicht gewesen, daß der Verbandsvorstand in seiner Einladung darauf hingewiesen hätte. Er habe bei dem diesbezüglichen Antrag auf Änderung der Tagesordnung angenommen, daß es sich nur um eine Erörterung der Berliner Verhältnisse handeln würde. Das ganze Vorgehen sei gleichbedeutend mit der feinerzeitigen Begegnung die angebliche Volkswirtschaft. Auch die U. S. P. habe kürzlich den Kampf für die Revolutionierung der Gewerkschaften geführt. Dies sei auch bei uns auf dem Verbandstag deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Bisher habe man gegen diesen Kampf noch nichts zu unternehmen gewagt. Selbst Hauelsen habe im Jahresbericht die revolutionäre Propagandakommission gewissermaßen offiziell anerkannt. Auch die kommunistische Partei tue weiter nichts, als diesen Kampf um die Revolutionierung der Gewerkschaften mit legalen Mitteln, nur ungleich schärfer, fortzuführen. Er bedauert, nicht vorher Michaelis' Material gekannt zu haben, da er sich sonst anders auf die Abwehr der mit großem Geschick und Fleiß zusammengetragenen Angriffe hätte einrichten können.

Imhof-Vorleser betont, daß die Ausführungen von Michaelis so überzeugend und sein Material so einwandfrei und authentisch sei, daß sich nichts dagegen einwenden ließe. Man sollte daher die Gefahr nicht wie die U. S. P. vor der Spaltung unterschätzen, sondern rechtzeitig energisch dagegen vorgehen. Es sei dies kein Parteilampf, sondern die U. S. P. und E.-P.-D.-Mitglieder müßten sich in ihrem gemeinsamen Ziel, die Gewerkschaften als einheitliche Kampffront zu erhalten, zusammenschließen, um gegen die Zeretzungsarbeit der kommunistischen Zellen' gewappnet zu sein. Er habe umwiderlegliche Beweise aus neuen Niederschriften der U. S. P., daß sie genau nach den Grundätzen, wie sie Michaelis aus den kommunistischen Schriften vortragen habe, jetzt noch arbeiten und genau nach diesem Rezept die U. S. P. gespalten haben. Er sei daher für scharfe Abwehr der Gefahr und direkt die Beschlüsse Michaelis annehmen.

Inzwischen geht noch eine weitere Resolution von Müller und Schabader (Leipzig) ein, die vorgelesen wird. Hilferand-Vorleser bemängelt ebenfalls, daß dieser Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig bekanntgegeben worden ist und kritisiert im weiteren die Schreibweise der 'Buchbinder-Zeitung'. Die verschiedenartigen Berliner Strömungen werde man nie unter einen Hut bringen können. Aber nach der alten Methode ginge es nicht weiter. Allerdings habe er sich sehr gewünscht, daß diese neue Richtung auf dem letzten Verbandstag nicht andere zeitgemäße und grundlegende Änderungsanträge gestellt hat. Wenn immer bedauert wird, daß stets so wenig Bemerkungen für Berliner Anweisungen eingebracht, so liegt das daran, daß eine ganze Reihe befähigter Mitglieder mit Rücksicht auf die jetzige Zusammenfassung der Orisklassenverwaltung sich gar nicht erst betätigt. Es sei wohl richtig, daß die Kollegen Kojelmal wegen ihrer politischen Stellung nicht wiedergewählt worden sei, aber dies sei doch geschehen auf Grund des allgemeinen Wahlrechts, wenn auch allerdings von den 17 000 Mitgliedern kaum 5000 zur Wahl gekommen seien.

Reuzer-Dresden bezeichnet es als Wahnsinn, wenn die kommunistische Partei sich mit der Abwehr dagegen wolle, die Gewerkschaften zu zer-

schlagen oder neben ihnen besondere Organisationen zu gründen. Er verliert ein angelegentliches Programm eines künftigen fortgeschrittenen internationalen Gewerkschaftskongresses der revolutionären Gewerkschaften, aus welchem sei, doch sie auch nur oppositionelle Gruppen gegründet werden sollen. Zum Schluss empfiehlt er die Resolution der Leipziger Kollegen.

Dauertzen (Verbandsvorstand) wendet sich hieran in längeren, teils äußerst leidenschaftlichen Worten gegen die Gefahren der zerstückelten Bestrebungen. Wenn anscheinend unvermittelt dieser Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, so haben uns nur die Umstände dazu genötigt. Denn erst in den letzten Tagen ist die ganze Angelegenheit dadurch spruchreif geworden, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ein baldiges und konsequentestes Vorgehen gegen die Spaltungstendenzen beschloß. Im Endziel seien alle sozialistischen Parteien wohl einig. Nur die Wege dorthin trennen uns. Dennoch aber sollten wir sozial Ueberlegung besitzen in geschlossener einheitlicher Kampffront vereint zu bleiben, wie wir es bisher waren. Das Verbot von Halle schreie aber und müsse die Gewerkschaften rechtzeitig auf den Plan rufen. Es sei eine bodenlose Unerkännlichkeit von Sinowjew, wenn er dort unsere Gewerkschaften als Gebe bezeichnet. Die Schamröte müsse jedem ehrlichen Gewerkschaftler ins Gesicht steigen, daß dieser Frechheit noch Verfall von untern Arbeitervertretern gezeigt wurde. Gewiß, soweit haben die Kommunisten recht, daß sie nicht unbedingt die Sprengung der Gewerkschaften zum Ziel gesetzt haben, sondern sie geschlossener zu sich hinüberführen wollen. Aber da ihnen dies niemals gelingen wird, haben sie jetzt schon offen der Spaltung das Wort geredet. Wenn man offen betont, daß die kommunistischen Gewerkschaftsmittelglieder für ihr gesanktes Handeln in den Gewerkschaften nur der R. P. D. verantwortlich sind, so stellen sich diese Mitglieder tatsächlich außerhalb der Organisation. Aus dieser Verpflichtung der R. P. D. gegenüber hat auch Maszar seinen Aufruf in der „Roten Fahne“ erlassen, und kein ganzes Wirken in der Bahnhalle wie sein Verhalten dem Verbandsstand gegenüber zeigt deutlich, daß er in diesem Sinne handelt. Es sei deshalb notwendig, dieses vielfach auch in unsern Verbänden sich geltend machende Zerstückelungsbestrebungen durch Annahme der Resolution einen Damm entgegenzusetzen.

Stiegler-Deßbrom erklärt, daß er es als seine vornehmste Aufgabe betrachte, unsere Gewerkschaften als Vollwerk und geschlossenes Ganzes zu erhalten. Er sei in erster Linie Gewerkschafter und dann erst Parteigenosse. Wir wollen auf das nachdrücklichste hier erklären, daß wir uns die Gewerkschaften nicht zerstoren lassen.

Stephan-Verlin behauptet, daß auch ihm von der Forderung der Tagesordnung nichts bekanntgeworden sei und weist die Angriffe Küsters zurück, daß die Angehörigenkommission den Angestelltenrat etwa deswegen nicht zugezogen habe, weil sie Sachen zu verheimlichen hatte. Bezüglich des verunglückten Streiks habe er gleich zu Marlowe gesagt, daß das ganze Vorgehen äußerst ungeschickt sei. Michaelis hätte bei seinem starken Einfluß, das sehr wohl verhindern können, doch ließ er sich nicht bekehren. Bei der Beurteilung der ganzen Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften müsse man doch auch deren ganze frühere Haltung mit berücksichtigen, dadurch sei manches verständlich.

Drucker-München: Die hier zur Debatte stehende Streitfrage ist eine der wichtigsten, die heute zur Entscheidung stehe. Manche der R. P. D.-Kollegen leisten doch erhebliche Gewerkschaftsarbeit. Man muß auch begreifen, daß viele Kollegen mit Recht über manches in den Gewerkschaften unzufrieden sind. Man solle auch von gewerkschaftlicher Seite das Gute anerkennen und nehmen. Er bittet zum Schluß um Ablehnung der Resolution, da sie nur böses Blut erzeugen würde.

Genes-Bonn: Eine gesunde Opposition dürfe nie werden man nie unterbinden, aber diesen Zerstückelungstendenzen müssen wir auf das schärfste entgegenwirken. So müsse er auf das schärfste dagegen protestieren, daß der Stöcker die Rädle als Angehöriger der Bahnhalle Berlin in Hannover, Barzen usw. für nicht geneigte, die ganze Gewerkschaftsbewegung und ihre Führer in der gemeinlichen Weise zu beschimpfen.

Nachdem ein Schlußantrag zur Annahme gelangt ist, wird in ramentlicher Abstimmung folgende Resolution Michaelis mit 10 gegen 14 Stimmen angenommen:

Vertraut, Verbandsvorstand, Vertreter des Ausschusses und Reklamation des Verbandsorgans des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter sehen in den von Moskau aufgestellten Theesen, nach denen die Gewerkschaftsmittelglieder verpöndelt sind, die Richtlinien für ihre gewerkschaftliche

Tätigkeit nicht von den Zentralen der Gewerkschaften entgegenzunehmen, sondern an das D. Stat von Moskau gelanden sein sollen und in den von Lenin empfohlenen Grundrissen, mit List, Schlawheit, illegalen Methoden, Verdrängungen, Verheimlichung der Wahrheit usw. zu arbeiten, eine gewerkschaftsfeindliche Tendenz, die sie mit aller Entschiedenheit ablehnen und die zu bekämpfen für jeden Gewerkschafter Pflicht ist, der auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaften steht.

Die oben genannten Körperschaften erklären nach eingehender Aussprache über die auch in den deutschen Gewerkschaften und in unserem Verband sich bemerkbar machenden zerstückelten Bestrebungen, daß die Leitung des Verbandes gegen diese Tendenzen mit allen ihr statutarisch zur Verfügung stehenden Mitteln anzukämpfen hat. Es kann nicht ruhig zugehen werden, daß einzelne Mitglieder sowohl als auch Gruppen von Mitgliedern in unserem Verband Bestrebungen propagieren, die nicht mit einer Schwächung des Verbandes und eine Schwächung seiner Position gegenüber seinem natürlichen Gegnern, den Unternehmern, darstellten, sondern die in ihrem letzten Konsequenzen auf eine Zerreißung unseres Verbandes hinauslaufen.

Die oben genannten Körperschaften warnen darum im Interesse der Schlagkraft unseres Verbandes vor der Propaganda dieser Bestrebungen und richten die erste Warnung an alle Verbandsmitglieder, sich nicht in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit behindern zu lassen, sondern alle Verdrüß, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederkreise zu tragen, auf das schärfste zurückzuweisen.

Für die Resolution stimmen: Imhof, Weiser, Wör, Pfennig Goppert, Prange, Denck, Maulsch, Herold, Schreier, Scharrer, Wühl, Haueisen, Gander, Leuber, Brüdner, Schade, Argentin, Michaelis. Gegen die Resolution stimmen: Herzog, Silberbrandt, Lechow, Schwarz, Müller-Palle, Müller-Leipzig, Schabader, Menzer, Brugger, Eiseler, Hinemann, Schneeweß, Stephan, Schröder (Verb. Aussch.).

Namens der gegen die Resolution Stimmenden erklärt Müller-Leipzig, daß auch sie sich durchaus auf den Boden der einheitlichen Gewerkschaften stellen und die Zerstückelungsbestrebungen ebenfalls auf das schärfste bekämpfen wollen, doch habe ihnen nur die Form der Resolution nicht gefallen und seien sie daher für ihre Fassung gewesen. Diese lautet wie folgt:

Die am 13. November tagenden Körperschaften des Buchbinderverbandes, Verlat, Ausschuß und Verbandsvorstand verurteilen aufs schärfste alle Bestrebungen, die auf eine Zersplitterung der Gewerkschaften gerichtet sind. Ebenso alle sozialistischen Forderungen. Sie werden solche mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, um die letzte Kampforganisation der Arbeiterschaft geschlossen zu erhalten. Schabader, Müller.

Das Plenum nimmt diese Erklärung zur Kenntnis.

Nachdem denselben im Schlußwort allen Teilnehmern für ihre Kritik und anstrengende Tätigkeit gedankt wird, die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Buchbinderverband um 1/7 Uhr geschlossen.

Aus unierem Kerul.

Ueberlastung der Reichsdruckerei.

Unter diesem Stichwort macht in der Unternehmerrasse der graphischen Industrie und einigen Tagesblättern ein Artikel die Kunde. Es wird darin die Tätigkeit der Postwertzeichenabteilung der Reichsdruckerei uim. geschilbert und behauptet, zeitweise seien keine Postwertzeichen erhältlich, weil die Reichsdruckerei mit der Beförderung nicht nachkäme. Auch würden erhebliche Ueberstunden gemacht usw. Der Inhalt des ganzen Artikels ist, eine Dezentralisation der Reichsdruckerei anzustreben, mit dem deutlichen Wink an die Regierung, auch die Privatindustrie mit staatlichen Arbeiten zu versehen.

Die in besagtem Artikel aufgestellten Behauptungen sollen in nachfolgenden Zeilen wahrheitsgemäß und jedwerverständlich verlesen werden.

Die Postwertzeichen waren in keinen Wortreichlich vorhanden. Durch die bedeutende Portenerhöhung war eine Umstellung der Markenwerte notwendig. Es erforderte natürlich einige Zeit, bis sich die zuständigen Stellen über die Ausführung der neuen Postwertzeichen klar waren.

Wozu zur Herausgabe höherer Werte mußte man sich mit den bisherigen Marken behelfen, zumal die alten nicht neben den neuen Marken laufen sollten. Selbstverständlich trat eine vorübergehende Stockung ein, was uns obigem erklärlich ist. Dadurch wurden die Marken zu 5 bis 20 Pf. in ungewöhnlichen Mengen verlangt, zumal diese Marken auch als Kleinausbe nutzt wurden.

Durch Herausgabe der höheren Werte ist diese Anämie behoben. In ganz kurzer Zeit wird der Bedarf wieder vollständig gedeckt werden können.

Die Behauptung, daß in der Reichsdruckerei erhebliche Ueberstunden gemacht werden, trifft nicht zu. Im Gegenteil, die Aufträge haben in einzelnen Abteilungen derartig abgenommen, daß die Direktion schon die Absicht hatte, überflüssiges Personal zu entlassen. Durch Umstellung von Abteilungsarbeiten ist es möglich gewesen, die Arbeit so zu verteilen, daß die Entlassungen nicht mehr in Frage kommen.

Der Schwerpunkt in dem Artikel in der Unternehmerrasse ist jedoch das Verlangen, die staatlichen Druckaufträge, die bisher in der Reichsdruckerei erledigt wurden, zum Teil der Privatindustrie zu übertragen. Es wird einer Dezentralisation das Wort geredet. Das bedeutet, einen Reichsbetrieb, der sich durch die schärfsten Verhältnisse durchgearbeitet hat, für alle Arbeiten eingerichtet ist, in keine Teile zu zerlegen und dem Privatunternehmer auf Kosten der Allgemeinheit hohe Gewinne zuzuschicken. Der Arbeiterchaft ist auch nicht damit gedient, wenn ein Betrieb von rund 10000 Beschäftigten durch die Privatindustrie in seiner aufsteigenden Entwicklung gehemmt wird. Es muß das Bestreben in heutiger und auch in kommender Zeit sein, den Unternehmergewinn möglichst auszufalten. Wenn es von den Unternehmern abhinge, so würde umgekehrt verfahren.

Es kann nicht sein, daß auf der einen Seite Vergewerke, Elektrizität usw. verstaatlicht und auf der andern Seite Staatsbetriebe wie die Reichsdruckerei dem Auflösungsprozess entgegengetrieben werden. Es wäre ein Selbstbittergeschick anzusehen, eine Anstalt der Reichsdruckerei in Süddeutschland zu errichten, wenn dadurch mit allen Mitteln ein Teil der modernen Drucktechnik ausgefaltete Hauptbetrieb einzelne Abteilungen stüllegen müßte.

Vom englischen Buchgewerbe.

Die Zahl der in England veröffentlichten Bücher und Brochüren ist immer hinter der Produktion Deutschlands zurückgeblieben. Die Kriegsjahre haben eine erhebliche Abnahme herbeigeführt, das erste Kriegsjahr aber zeigte eine lebhaftere Tätigkeit der Verleger. Nahezu 1000 Veröffentlichungen mehr als im Jahre zuvor werden verzeichnet. Im ganzen sind 1919 in England 8622 Werke, wovon 7233 Preisveränderungen verlegt worden. Den Löwenanteil hat die schöne Literatur mit 1712 Werken (davon 1171 Preisveränderungen) und 83 Uebersetzungen), es folgen Soziologie (824), Religion (706) und Technologie (676). Auffallend ist der starke Rückgang in der Veröffentlichung historischer Werke, von denen 1918 620, im letzten Jahre aber nur noch 422 erschienen sind; auch die militärischen Veröffentlichungen sind an Zahl stark zurückgegangen. Die sehr erheblichen Preissteigerungen für Material und Arbeit haben den Preis des fertigen Buches unaufhörlich auf das Doppelte des früheren Durchschnitts gebracht. Sie erklären auch die lange Zurückhaltung der Verleger, die sich jetzt davon überzeugt zu haben scheinen, daß in absehbarer Zeit keine erheblichen Preisrückgänge zu erwarten sind, und manches Werk, das eine Zeitlang zurückgestellt wurde, der Öffentlichkeit übergeben.

Carlsmantelentscheidung.

In einer Streiffrage weach der Position 418 und 417 des Reichslohntarifes wurde in einer Sitzung des Tarifamtes festgestellt, daß zwischen beiden Positionen ein Widerspruch besteht. Zur Beilegung desselben beschloß das Tarifamt einstimmig, in Position 417 die letzten Worte

... und vor dem dritten Druck aufgeschritten zu streichen.

gez. Arthur Rummel, gez. Karl Geise.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Verhandlungen betr. das neue Lohnabkommen mit dem VVJ in Nr. 46 der „Buchbinder-Zeitung“ muß es auf S. 267 bei dem letzten Absatz „Ergänzung zum Lohnabkommen“ in Ziffer 1 heißen:

„Für den Bund Deutscher Buchbinderinnungen bleibt das bisherige Abkommen bis 31. Januar 1921 bestehen.“

In dem Bericht war irrtümlich 31. März gesagt. Auch in den Mitteilungen des Verbandes Deutscher Buchbindermeister befindet sich in dem Bericht über das Abkommen über die Verlängerung des Reichslohntarifs für das Buchbindergewerbe infolge ein Fehler, daß im W. 11 bei Ziffer 3 gesagt wird:

„Verheiratete Frauen über 21 Jahre und ein Jahr im Beruf, deren Männer erwerbsunfähig sind, erhalten die Beihilfe der unverheirateten Arbeiterinnen.“

Es muß hier anstatt erwerbsunfähig „erwerbsfähig“ heißen, wie wir es auch richtig im Bericht der „Buchbinder Zeitung“ gebracht hatten.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und die Gewerkschaften.

Am 5. November fand beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Besprechung des Bundesvorstands mit dem Genossen Joubert und Merheim aus Frankreich statt, an welcher Genosse Edo Fimmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und außerdem noch ein Vertreter der deutschen Verbände teilnahmen.

Die Besprechung erstreckte sich hauptsächlich auf die Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs und es kam darüber zu einem völligen Einverständnis mit den französischen Genossen. Besonders besprochen wurde in dieser Besprechung das Verhalten der französischen Regierung, daß den deutschen Bestrebungen der Verpflichtung zum Wiederaufbau der zerstörten 10 Departements in Frankreich die größten Hindernisse bereitet. Sämtliche Teilnehmer waren darin einig, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete der kapitalistische Unternehmergewinn soweit wie nur irgend möglich auszusparen sei, und daß er nur zugunsten der Allgemeinheit gesehen solle. Die deutschen Vertreter gaben erneut den Wunsch und die Bereitschaft der deutschen Arbeiter und Angestellten kund, am Wiederaufbau teilzunehmen. Sie drückten jedoch den Wunsch aus, daß ihnen möglichst geschlossene Gebiete zum alleinigen Wiederaufbau gestellt würden, damit die deutschen Arbeiter die Möglichkeit hätten, ihre Angelegenheiten besser zu vertreten und ihre Rechte aus der deutschen Sozialversicherung besser wahrzunehmen, als wenn sie verstreut unter der französischen Bevölkerung leben müßten. Die Vertreter der französischen Gewerkschaften erklärten die Rechtmäßigkeit dieses Verlangens nach solchen Bezugsstellen an und erklärten, daß die Arbeiter Frankreichs bereit seien, die Hilfe anzunehmen. Der Wiederaufbau der verunstalteten Gebiete Frankreichs und die Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens seien notwendig, um die Wunden zu heilen, die der Krieg in Europa geschlagen hat. Beides könne aber nicht auf andere Weise verwirklicht werden, als durch das Zusammenwirken des Proletariats beider Länder. Die französischen und die deutschen Landesgenossen und besonders diejenigen Gewerkschaften, die unmittelbar für den Wiederaufbau in Betracht kommen, werden eine dauernde Verbindung anstreben, um die Einzelheiten der gemeinsamen Tätigkeit auf diesem Gebiet zu erwägen. Die Gewerkschaften beider Länder sind überzeugt, daß diese gemeinsame Arbeit die Grundbedingung ist für den Kampf gegen jede Reaktion und gegen jeden Imperialismus, sowie ferner für die Verrückung des Hasses zwischen den Völkern.

Berichte.

Berlin. In letzter Zeit konnte man aus der „Buchbinder-Zeitung“ ersehen, daß fast sämtliche Branchenverbände unseres Verbandes, welche in dem Reichstaxi nicht berücksichtigt sind, die Zusammenfassung aller Berufscollegen anstreben. Wir Berliner Album-, Mappen-, und Galanteriewerker müßten nun ebenfalls den Sammelruf an alle Zahlstellen ergoßen lassen, wo solche beschäftigt sind, denn bei uns ist der Gedanke überwiegend, wieder Ansatze zu finden an das gesamte Papier- und graphische Gewerbe. Obwohl seit 1908 zwischen den Arbeitgebern (Gruppe V) und unserer Organisation ein selbständiger Tarifvertrag bestand, waren wir gezwungen, den uns unliebsamen Schiedspruch vom Jahre 1919 aus Zweckmäßigkeitsgründen die Zustimmung zu geben. Dieser besagte, daß obige Branche dem Reichstaxi der Warenwarenindustrie unterstellt ist bis zum 30. September 1922. Gewiß sind hier der größere Teil genutzte Betriebe. Aber wir betrachten uns nach wie vor zur graphischen Industrie gehörig, weil unser Beruf aus dem Buchbindergewerbe hervorgegangen ist. Wir sehen daher den Schiedspruch lediglich als ein anhängendes Lohnabkommen an. Derselbe ist unter dem starken Einfluß der Arbeitgeber zustande gekommen, ohne überhaupt die von uns vorgeschlagenen Sachverständigen zu hören. Es muß nun unser Bestreben sein, für einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen im ganzen Reich zu sorgen. Leider wurde uns damals von Seiten des Verbandsvorstandes nicht die nötige Unterstützung zuteil, was man als eine große Unter-

lassungsfünde bezeichnen muß, so daß die von uns vorausgeschickten Nachteile in organisatorischer Beziehung für die Branchenleitung jetzt besonders bemerkbar werden, da sie die ungeheure Kleinarbeit und die Schwierigkeiten, die sich durch den ewigen Grenzstreit ergeben, zu überwinden hat. Man wird uns obigen angeführten Gründen begreifen, wenn wir nicht mehr länger die „gebudeten Gasse“ im Sattler- sowie auch im eigenen, dem Buchbinderverband spielen wollen. Zusammengeschäft sind wir vielleicht ein größeres Häuflein als andere Gruppen. Mit welchem Grunde schiebt man uns also beiseite? Es gibt außer reinen Luxus- und Galanteriewarenfabriken z. B. auch in Tapissiererei, Holz-, Horn-, Metallwaren- und Spiegelabriken eine ganze Anzahl Kollegen, die im Buchbinderverband organisiert sind. Wollen wir nun zu einheitlichen Verhältnissen gelangen, so bedürfen wir der tatkräftigsten Unterstützung jener Zahlstellen, in denen obengenannte Branchen vertreten ist. Denn Vorbedingung ist zunächst, alle Berufscollegen zu erfassen, damit wir bei dem großen Kräftevermögen, dem wir täglich näher entgegengehen, nicht unterliegen. Wir eruchen also die betreffenden Zahlstellen, alle gegenwärtig bestehenden Abmachungen, Tarife und eventuelle Forderungen der Zahlstelle Berlin (Album-, Mappen- und Galanteriewerke), Engelauer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 30/40, zu übermitteln. Neuheuerungen zu dieser Angelegenheit in der „Buchbinder-Zeitung“ öffentlich zu behandeln, könnte für die allgemeine Kollegenschaft nur von Nutzen sein.

Die Branchenleitung.

Barmen-Glücksfeld. Auf Grund der Bestimmungen im Reichstaxi für die Glanz- und Kartonnagenindustrie wurde in Barmen ein Bezugsstellengericht gebildet. Das Bezugsstellengericht fällt für den Bereich des Verbandes Bergischer Kartonnagenfabrikanten mit dem Sitz in Barmen.

Es setzt sich zusammen aus 3 Arbeitnehmern und 3 Arbeitgebern und je 3 Ersatzleuten.

Den Vorsitz soll abwechselnd ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer führen.

Von Seiten der Arbeitgeber sind gewählt die Herren Karl Kemna-Barmen, Herr August Wätjen-Glücksfeld und Herr Wilhelm Niggelberg-Barmen.

Als Ersatz die Herren Wilhelm Koh, Wilhelm Dreiholz und Emil Dehnen.

Von Arbeitnehmerseite wurden gewählt D. Groenhoff-Glücksfeld, Hugo Knüfer-Barmen und Heinrich Reher-Barmen.

Als Ersatz Hermann Dreuer, Frau J. Amsen und Georg Klinkert.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt die Herren Karl Kemna und Bernhard Groenhoff.

Etwasige Klagen der Arbeitgeber sind an Herrn Kemna, die der Arbeitnehmer an D. Groenhoff zu richten.

Barmen-Glücksfeld. Am 10. November 1920 fand in Barmen im Hotel Hertzlich die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Diese war äußerst stark besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung; Geschäfts- und Massenbericht, fand eine schnelle und glatte Erledigung und wurde dem Kassierer Deharge erteilt.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Lohn- und Tarifbewegung, referierte Kollege Groenhoff über die Verhandlungen in Berlin und über deren Ergebnis. Er verwies auf die Berichte in der „Buchbinder-Zeitung“ und wies auf die Schwierigkeiten hin, die sich wieder bei diesen Verhandlungen ergeben haben. Offenbar seien unter den Arbeitgebern solche, welche großzügig vorantgetrieben seien und jedenfalls Engagements zeigen würden, während auf der anderen Seite Unternehmer seien, welche weniger Rücksicht nehmen und nur ihre heimlichen Interessen im Auge haben. Auch die Repräsentation in unserem Gesamtgewerbe, die Tatsache, daß wir mit fünf und mehr verschiedenen Arbeitgeberverbänden zu tun haben, trägt außerordentlich zur Erschwerung der Verhandlungen bei.

Das Ergebnis ist denn auch außerordentlich mager, denn monatliche Zulagen für männliche Verheiratete von 60 Mk. und 30 Mk. für ledige und 40 Mk. für verheiratete Frauen und 20 Mk. für ledige seien Zugeständnisse, die nach allen Neußerungen der Kollegenschaft wohl wenig Verpflichtung auslösen werden. Noch unangenehmer aber wirkt der Beschluß, daß im bestellten und angrenzenden Gebiet drei Viertel der Zulage angerechnet werden können. Dieser Beschluß ist ein so unglücklich und kann in der verschiedensten Weise ausgelegt werden, so daß eine wirkliche Klarheit über unsere Zulagen am Ort nicht vorhanden ist. Die Arbeitgeberorganisation hat folgende Sätze bewilligt: Für die verheirateten männlichen Arbeiter über 24 Jahre 28,80 Mk., unverheiratete über 24 Jahre 7,50 Mk., verheiratete Frauen

mit eigenen Kindern 24,40 Mk. und unverheiratete Arbeiterinnen über 21 Jahre 5 Mk. pro Monat. (50000 münfterlange Erregung) Herr Dr. Gaarhaus hat erklärt, dieses sei das Beste, was seitens der Arbeitgeber bewilligt werden könne. Dieses Angebot der Prinzipale ist natürlich außerordentlich gering und nach der Stimmung der Versammlung zu urteilen, ist es natürlich außerordentlich schwer, dieses Angebot zu empfehlen. Die Ortsverwaltung muß es daher zunächst der Versammlung anheimstellen, selbst ihre Meinung zu äußern. Bemerkenswert ist natürlich, daß nicht überall die Kollegen so schlecht ausfallen, sondern doch den Verheirateten ein monatlicher Zuschuß geboten wird, der zur Deckung der Miete dienen kann. Auf alle Fälle aber ist es Tatsache, daß über die eigentlichen Sätze (nach den Berliner Beschlüssen) in Barmen-Glücksfeld keine Klarheit besteht, nachdem der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Frauengruppe Wietmannsloog, Herr Labus-Berlin, sowohl wie Herr Asshet, der Leiter der Verhandlungen, den Beschluß so ausgelegt haben, daß uns drei Viertel der Reichszulagen zustehen. Hier muß erst Klarheit geschaffen werden.

In diese Ausführungen schloß sich eine längere und teilweise sehr erregte Aussprache, in der die Unzufriedenheit der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen mit ihren Lohnverhältnissen sich Luft machte. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß unser Beruf in dieser Hinsicht mit an letzter Stelle steht und daß es eine Schande sei, als gelernter Buchbinder weit hinter ungelerten Arbeitern zurückzubleiben. Das Angebot der Prinzipale wurde allgemein als Lohn empfunden und es kamen die verschiedensten Anträge, ein scharfes Ultimatum zu stellen und im ablehnenden Fall in den Streik einzutreten.

Die Anträge hätten sich zu folgenden einstimmig angenommen Beschlüssen: Das Angebot der Arbeitgebervereinigung wird rundweg abgelehnt. Es wird verlangt, daß die geleerten Buchbinder in den Buchbinderereien, Buchdruckerereien und Geschäftsbücherfabriken den Buchdruckern im Lohn gleichgestellt werden. In den gemischten Betrieben soll an die ursprüngliche Forderung auf Erhöhung der betriebl. Zulage festgehalten werden, und zwar für männliche Arbeiter 75 %, und für weibliche 50 %, pro Stunde. Außerdem wird beschlossen, daß die Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben vorstellig werden und die Arbeitgeber veranlassen sollen, daß der Arbeitgeberverband über diese Forderungen mit den Arbeitgebervertretern bis Freitag verhandelt.

Am Samstagabend, 6 Uhr, soll eine neue Versammlung im Hotel Hertzlich stattfinden, um die Berichte entgegenzunehmen.

Unter „Geschäftliches“ wurde auf die bevorstehenden Gewerbegerichtsverfahren hingewiesen. Es wurde das Urteil des Tarifamtes in Sachen der Fa. Schmidtmann bekanntgegeben, wonach laut Reichstaxi bei Vertagung von Arbeitsstunden in die Nachtzeit, d. h. nach 8 Uhr abends, ein Zuschlag von 25 Proz. zu zahlen ist. Auch fand eine Besprechung über die in der Kartonnagenindustrie einsetzende Preisunterbietung statt, nachdem der Arbeitgeberverband angeregt hat, gemeinsam mit der Gewerkschaft gegen die „Edmullerunterbietung“ zu kämpfen. Es wurde beschlossen, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Dann fand Schluß der Versammlung statt.

Bremen. Trotz Demobilisierungsbestimmungen, trotz Betriebsrätegesetz und Tarifvereinbarungen ist es Unternehmen heute noch möglich, Einstellungen von Arbeitnehmern vorzunehmen unter Bedingungen, wie folgende seien:

Nach nehme hiermit das Engagement als Galanteriewerker bei der Firma Martin Lehmann unter nachstehenden Bedingungen an: Der Eintritt kann sofort, also am 25. Oktober erfolgen. Ich sehe die ersten vier Wochen meiner Tätigkeit bei der Firma Lehmann nur als Probezeit an, in welcher ich jederzeit ohne besondere Kündigung kündigen oder entlassen werden kann, ohne daß ich das Recht habe, irgendwelche Schritte an zuständiger Stelle, sei es bei dem Betriebsrat noch sonst einer Geschäftsstelle zu unternehmen. Nach vier Wochen tritt die gesetzliche Kündigungsfrist von 14 Tagen ein. Sollte ich bei meinen Kundschaft der Firma Martin Lehmann nicht genügen, so erklärt sich entgegenkommenderweise die Firma bereit, die einfache Rückfahrt von Bremen nach Glücksfeld 3. Klasse zu vergüten.

gez. Alfred Wittig.

Die Firma hofft einen erstklassigen Galanteriewerker in Alfred Wittig gefunden zu haben, wie aus dem Schreiben an diesen, das uns gleichfalls vorliegt, hervorgeht. Und diese erstklassige (17) Kraft bringt es fertig, diesem klassischen Engagementsvertrag folgendes beizufügen:

„Ich danke verbindlich für Ihre Einstellung und werde bemüht sein, mir Ihre vollste Zufriedenheit zu erwerben. Eintritt kann am 25. d. M. erfolgen. am Sonnabend, 23., werde ich mich bei Ihnen vorstellen.“

Leider ist Wißig nach seiner Gastrolle von wenigen Tagen wieder abgezogen und hat getreu seiner Vereinbarung seine Rechte preisgegeben, so daß es dem Betriebsrat nicht möglich war, an Hand dieses dokumentarisch belegten Falles der Firma Martin Lehmann den Beweis zu erbringen, daß solche Abmachungen ungültig sind, da sie den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Jedemfalls zeigt dies Dokument, wie die Unternehmer bemüht sind, die Betriebsräte zu umgehen. Leider weist das Betriebsratsgesetz manche Lücke auf, jedenfalls aber ist der Betriebsrat auch bei Einseitigstellungen verpflichtet und berechtigt, darüber zu wachen, daß den tarifvertraglichen Vereinbarungen Geltung verschafft wird. Daran wird sich auch noch die Firma Martin Lehmann (Großbuchbinderei) gewöhnen müssen.

Nüterbog. Am Donnerstag, den 11. November, wurde hier die Briefumschlagfabrik von Klemm u. Co. ein Raub der Flammen. Dadurch ist das gesamte Personal in dieser ohnehin schweren Wirtschaftskrise arbeitslos geworden. Zufälligerweise war am nächsten Tage eine Betriebsversammlung, zu welcher Kollege Hannemann aus Ludenwalde, unserer Nachbarstadt, erschienen war. Das gesamte Personal war anwesend. Ferner als Gast der Rathherr Neumann, welcher als Mitglied der Stadtwahlkommission seine längere Mitwirkung bei der Abwendung der härtesten Not von der durch die Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegenchaft antrug. Auch die Kommune hätte ein großes Interesse an der baldigen Weiterführung dieses für Nüterbog einzigen Fabrikbetriebes. Die Tragik bei diesem Unglücksfall ist, daß dies gerade jetzt in der Zeit der Hochkonjunktur des Betriebs eingetreten ist. Hannemann ermahnte die Kollegenchaft, auch weiterhin dem Verband die Treue zu bewahren, da gerade die Organisation die vorher geradezu tiostlose Entlohnung zu einer einigermaßen menschenwürdigen umwandelt und die Firma auch den Reichstaxi für die Briefumschlagindustrie anerkannte. Es wurden lebhaft Betriebsfragen, u. a. Feststellung des Sachschadens der beteiligten Kollegenchaft, besonders Arbeitslosigkeit, behandelt. Durch den Brand wurden 8 Kollegen und 80 Kolleginnen sowie 6 Buchdrucker arbeitslos.

Ludenwalde. Unsere Rathsherrin hielt am Mittwoch, den 10. November, eine verhältnismäßig gutbesuchte Versammlung ab. Die Abrechnung vom 3. Quartal gab der Kassierer Kollege Paul Lehmann. Die Kassenkasse weist einen Bestand von 2576 26 Mk. auf. Der Mitgliedsbestand betrug 124 männliche und 278 weibliche Mitglieder. Dem Kollegen Leh-

mann wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß. Nicht weniger als 26 Kollegen mit 1088 und 45 Kollegen mit 991 Arbeitslosen waren daran beteiligt. Insgesamt wurden über 2800 Mk. Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Inagerechnet die zahlreichen Verkürzarbeitenden, denn auf allen Branchen unserer Papierwarenindustrie lastet die jetzige Wirtschaftskrise mit aller Wucht. Unter Punkt 2 hielt der Kollege Paul Schürze einen guten Vortrag über: „Was heißt Sozialisieren?“ Er zeigte der Kollegenchaft das Uebel der jetzigen Profitwirtschaft und als Ziel der Bestrebungen der Arbeiterchaft die planmäßige Bedarfswirtschaft. Kollege Sailer bemerkte in der Diskussion, daß ein großer Gemisch in der proletarischen Entwicklung die Parteilichkeit der Arbeiterchaft bildet, und nicht nur diese, sondern auch der Sozialismus und das eigene Ich auch in der Arbeiterchaft immer weiter um sich greift. Es wurde dann zum Ablauf des Lohnabkommens Stellung genommen. Hierzu berichtete der Vorsitzende Kollege Otto Hannemann über die Forderungen des Zentralarbeitsausschusses, daß zumindest eine Feuerungszulage, auch der Buchdruckerarbeitschaft zugesprochen, aber noch erweitert auf alle Altersgruppen, verlangt werden muß. Wenn die hiesigen Löhne der Papier- und Kartonnagenarbe tatsächlich hinten bedeutend hinter diejenigen anderer Industrie am Ort nach. Auch sei die Differenz der Löhne der Arbeiter (4,20 Mk.) und der Hilfsarbeiter (3,00 Mk.) viel zu hoch. Betreffs des Ablaufs des Mantelstarfs soll die örtliche Tarifkommission Verbesserungsvorschläge ausarbeiten. Eine lebhaft Diskussion entstand unter Punkt 4: Betriebsratsfragen. Es kamen fast aus allen Betrieben lebhaft Klagen über die zweideutige Haltung der Räte gegenüber den Betriebsräten. Der Vorsitzende führte dann aus, daß die Klagen und Beschwerden der Betriebsräte am besten dem Zentralrat oder in den Generalversammlungen der Betriebsräte vorgebracht werden müssen. Auch das Vorkommen der Ludenwalder Papierwarenarbeiterchaft, die Firma W. u. S. wurde wieder scharf vorgenommen. Hier ist es wieder, wie immer, die keine Nabelstichpolitik der Herren „Demokraten“ W. u. S. gegenüber ihrer Arbeiterchaft. Diese Herren können annehmend nur Stills in ihrem Betriebe leiden. Bei passender Gelegenheit wird sich aber die Arbeiterchaft diesen Betrieb besonders vornehmen müssen. Unter „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende bekannt, daß unser Stiftungsfest am Sonntag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Rühlengweg, stattfindet. Darauf Schluß der ausnahmsweise anregend verlaufenen Versammlung.

München. Am 5. November fand eine Versammlung der Liniierer statt, welche fast reiflos von den in Frage kommenden Kollegen besucht war. Die Tagesordnung lautete: Gründung einer Liniierersektion. Ebenso wurde Stellung genommen zu dem Entwurf des Spezialtarifs. Die Aussprache zeigte, daß die Kollegen erkennen, daß nur durch engeren Zusammenschluß eine Verbesserung der Verhältnisse in unserer Branche zu erreichen ist. Einmütig wurde somit hier am Orte eine Liniierersektion ins Leben gerufen.

Abrechnungen

vom 3. Quartal sind weiter bis zum 15. November bei der Verbandskasse eingegangen von:
 Gau 1/3 2500 Mk., Penau 1000 Mk., Guben — Mk., Stettin 5000 Mk., Garbshardt 376,45 Mk., Oldenburg 1000 Mk., Herford i. W., 1600 Mk., Arnstadt 800 Mk., Erfurt 2000 Mk., Bonn 8500 Mk., Düren 4400 Mk., Duisburg-Ruhrort 600 Mk., Koblenz 1853 Mk., Neuwied 1078,29 Mk., Gau 11/13 2000 Mk., Darmstadt 4400 Mk., Gießen-Wehlar 821,90 Mk., Saarbrücken 1000 Mk., Trier 577,98 Mk., Sebnitz 200 Mk., Kirchheim-Teck — Mark. Konstanz 2500 Mk., Pforzheim 7500 Mk., Weinfelden 1500 Mk., Neugensau 1077,32 Mk., Würzburg 1000 Mk. Fr. Lender.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Bonn. B.: J. Genes, Heisterbacher Poststr. 23. K.: C. K. K.
Düren (Nals.). B.: J. Roemer, Eintrachtstr. 9. K.: G. Köster, Josephstr. 28.
Jena. B.: Fr. Wagner, Paulinenstr. 23, pt. K.: E. Pöner, Karkarinenstr. 15.
Hausbeuren. B.: E. Weber, Gutenbergstr. 10. K.: A. Danner, Innere Buchleutenstr. 2.
Kirchheim-Teck. B.: A. Geiger, Lindolf 6. K.: Th. Wähle, Marienstr. 3.
Rülfingen-Wilhelmsbaben. B.: A. Krumbiegel, Wilhelmshaven. Poststr. 11. K.: A. Eiben, Mühlentoren, Wilhelmshaven Str. 30, III.
Solingen-Wald. B.: W. Meyer, Wald, Stubbenerstr. 28a. K.: W. Etamen, Solingen, Bergstr. 52.
Torgau. B.: Fr. Stif, Kasernenstr. 2. K.: G. Rachmann, Güterbahnhofstr. 24.
Wesbaden. B.: A. Rahr, Vertramstr. 21, III. K.: G. Wöllinger, Wehrstr. 37.

Ein größeres Papierverarbeitungswerk in größerer Industriestadt des Gebirges sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen **Kartonnagenzuschneider** möglichst unbeschäftigt, durchaus vertraut mit der Herstellung der Kappenschachtelfabrikation nach dem Verfahren Krautwald und der schäffischen Kartonnagen-Maschinen-Konstruktion. Offerten unter Beifügung von Zeugnisabschriften unter **3. 100** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche eine Buchbinderei mit oder auch ohne Maschinen zu kaufen. Offerten erbeten unter **Nr. 6a. 296** an **Ann.-Exp. D. Weich, Glogau.**
Wo können größere Quanten gefalteter Hauslegen u. Gedensprüch folider Ausführung bezogen werden? Näheres mit Preis an **Albert Bauer, Zittauer-Waldsburg, Schurwaldstraße 31.**



WIRIL Klebstoffe sind allen voran glänzende Begutachtungen Geferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.
 Plaster u. Stg. gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben

DHW

Hartpappe als Buchdeckel, Unterlegschnidpappe bestens geeignet in Tafeln 1 - 5 mm stark 700/900 mm gross
 10,50 Mk per kg rote Qualität
 13,50 Mk per kg schwarze Qual
 Jede Menge sofort lieferbar
Deutsches Kartplatten- u. Isolierwerk G. m. b. H. Nordhausen 4

Achtung! Jugendliche in den Betrieben der Zahlteile Berlin!
 Am **Dienstag, den 23. November,** abends 7 Uhr, findet eine **Jugendversammlung** im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 10,** statt mit dem Thema: **Forderungen Lohnsätze.** Jugendkommission.

Einbandstoffe ferner gr. Posten **W.-Klebstoffen, 5, 7, 8, 9 cm breit, auch Gae, Walf, Flava-** binden billig verlässlich
Berliner Jute-Comp., Charlottenburg, Wielandstr. 15.

Chemisch-Technische Werke Willybald Richter Leipzig Quersir 4/6
 Tel. 3049, 11248 * **Telegr. Adr. Wirilwerke**
Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76.